



# Baden-Württemberg – ein Standort im Vergleich



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

## Impressum

### Baden-Württemberg – ein Standort im Vergleich

#### Herausgeber und Vertrieb

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

#### Artikel-Nr.

8036 22001

#### Collage

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

#### © Kartengrundlage

GfK GeoMarketing GmbH

Karten erstellt mit RegioGraph

#### © Statistisches Landesamt

Baden-Württemberg, Stuttgart, 2022

Sämtliche Veröffentlichungen sind Werke, Bearbeitungen oder Sammel- bzw. Datenbankwerke im Sinne des Urheberrechtsgesetzes und somit urheberrechtlich geschützt. Der Erwerb einer Veröffentlichung gestattet neben deren Verwendung die Vervielfältigung und Verbreitung – auch auszugsweise – in elektronischer Form sowie in gedruckten Veröffentlichungen mit Quellenangabe. Die Weiterverbreitung von kostenpflichtigen Produkten – speziell von Verzeichnissen – bedarf der vorherigen Zustimmung. Die Genehmigung ist einzuholen unter [vertrieb@stala.bwl.de](mailto:vertrieb@stala.bwl.de). Alle übrigen (Nutzungs-) Rechte bleiben vorbehalten. Für Thematische Karten gelten besondere Lizenzbedingungen.

---

2022

# Baden-Württemberg – ein Standort im Vergleich



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

# Liebe Leserin, lieber Leser,



Baden-Württemberg zeichnet sich mit seiner spezialisierten wirtschaftlichen Ausrichtung, insbesondere im Fahrzeug- und Maschinenbau sowie der Elektrotechnik durch einen vergleichsweise hohen Industrieanteil aus, welcher maßgeblich zu der positiven Konjunkturdynamik 2021 im Land beitrug. Knapp ein Drittel der hiesigen Wirtschaftsleistung trägt allein das Verarbeitende Gewerbe bei, gegenüber lediglich etwa 20 % im Länderdurchschnitt.

Eine leistungsfähige, innovative Wirtschaft bietet jungen Menschen bessere Chancen für einen guten Einstieg ins Erwerbsleben. Dies zeigt beispielsweise die NEET-Rate – „Neither in Education nor Employment or Training“, der Anteil junger Erwachsener, die weder in Aus- und Weiterbildung noch erwerbstätig sind, der mit 7,5 % in Baden-Württemberg bei den 18- bis unter 25-Jährigen im Jahr 2021 knapp 2 Prozentpunkte unter dem Bundeswert lag.

Ausgangsbasis für Innovationen bilden Forschung und Entwicklung (FuE). Als eine der führenden Forschungsregionen in Europa leistet der Südwesten mit seinen sehr gut ausgebauten FuE-Kapazitäten mehr als ein Viertel der gesamtdeutschen Investitionen in FuE. 2020 wurden 5,8 % des baden-württembergischen Bruttoinlandsprodukts in FuE investiert, im EU-weiten Vergleich Platz 1.


Einen großen Beitrag hierzu leisten die Beschäftigten in den MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik). Mit einem Anteil des MINT-Bereichs von fast 32 % an allen Beschäftigten lag der Südwesten 2021 bundesweit vorne.

Das wirtschaftliche Umfeld ist bedingt durch die Pandemie, globale Lieferengpässe und zunehmend deutlichere Auswirkungen des Ukraine-Kriegs, vordringlich bei der Energieversorgung, derzeit

schwierig. Die vorliegende Broschüre „Baden-Württemberg – ein Standort im Vergleich“ gibt Ihnen einen Überblick mit Informationen zu verschiedenen politisch und gesellschaftlich relevanten Themenfeldern wie Bevölkerung und Soziales, Wirtschaft, Einkommen, Arbeitsmarkt, Bildung, Umwelt und Verkehr bis zu öffentlichen Finanzen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und lade Sie ein, weitere Informationen aus unserem vielfältigen Datenangebot auf [www.statistik-bw.de](http://www.statistik-bw.de) zu entnehmen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



Dr. Anke Rigbers

Präsidentin

Stuttgart, im November 2022

Welche Position nimmt Baden-Württemberg bei wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Themenfeldern im nationalen und internationalen Vergleich ein? Die in 19. Auflage vorliegende Broschüre „Baden-Württemberg – ein Standort im Vergleich“ geht auf diese Frage ein. Benchmark für das Land sind hierbei die Bundesländer und die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Das Vereinigte Königreich wird auch nach dem Austritt aus der Europäischen Union weiterhin in die Analysen einbezogen. Die Kennzahlen dieser Ländergruppe werden nachrichtlich bei den Nicht-EU-Ländern ausgewiesen. Soweit verfügbar werden auch Daten für die Vereinigten Staaten, Japan, die Schweiz sowie die BRIC-Staaten – Brasilien, Russland, Indien und China – mit berücksichtigt.

## **Entwicklung und Realisierung**

---

- **Autorinnen und Autoren:** Jan Breitschwert, Gentiana Cacaj, Margot Dobler, Ruth Einwiller, Nicole Gurka, Eva-Marie Jäkh, Tatjana Kampffmeyer, Janett Leonhardt, Katharina Schmidt, Annette Schnetz-Gessler, Inga Schweizer, Martina Stroh, Frank Thalheimer
- **Repro/Druck:** Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

# Inhalt

Vorwort.....	2
Karte: Die Länder der Bundesrepublik Deutschland.....	8
Karte: Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union.....	9

## **Bevölkerung und Soziales**

Gebiet und Bevölkerung der Bundesländer.....	10
Gebiet und Bevölkerung der Europäischen Union und in ausgewählten Ländern.....	12
Ausländerinnen und Ausländer.....	14
Asylanträge.....	16
COVID-19-Impfquote.....	18
Bevölkerungsstruktur.....	20
Armutgefährdungsquote.....	22
Wohnbesitzverhältnisse.....	24

## **Wirtschaft**

Wirtschaftsleistung und Wirtschaftskraft.....	26
Wirtschaftskraft ausgewählter Regionen der Europäischen Union.....	28
Wirtschaftswachstum.....	30
Wirtschaftsstruktur.....	32
Bausektor.....	34
Tourismus.....	36

Exporte Baden-Württembergs.....	38
Forschung und Entwicklung.....	40
Cloud-Computing-Dienste.....	42

### **Einkommen**

Unbereinigter Gender Pay Gap.....	44
Private Konsumausgaben.....	46
Bruttolöhne und -gehälter.....	48

### **Arbeitsmarkt**

Erwerbstätigenquote.....	50
Kurzarbeiterquote.....	52
MINT-Berufe.....	54
Jugenderwerbslosenquote.....	56
Langzeiterwerbslosigkeit.....	58
Erwerbslosenquote.....	60

### **Bildung**

NEET-Rate.....	62
Hochqualifizierte.....	64
Ausländische Studierende.....	66



## **Umwelt und Verkehr**

CO <sub>2</sub> -Emissionen.....	68
Erneuerbare Energien.....	70
Abfallentsorgung und -verwertung.....	72
E-Mobilität.....	74
Verkehrstote.....	76

## **Öffentliche Finanzen**

Schuldenstand.....	78
Finanzkraftausgleich.....	80

Glossar.....	82
Quellenverzeichnis/Linkliste.....	87

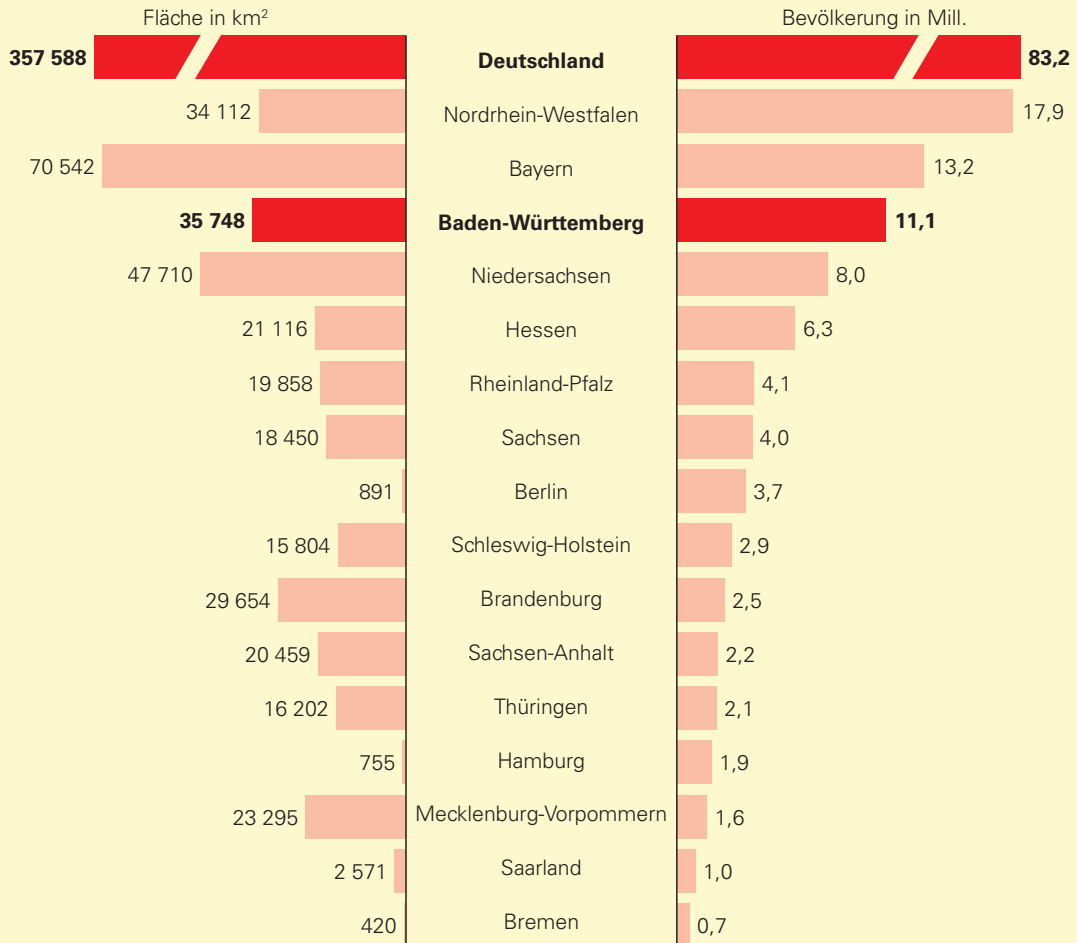
## Die Länder der Bundesrepublik Deutschland



## Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union



## Gebiet und Bevölkerung der Bundesländer



Bevölkerung: Daten: 2021, Fläche: Daten: 2020.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt.

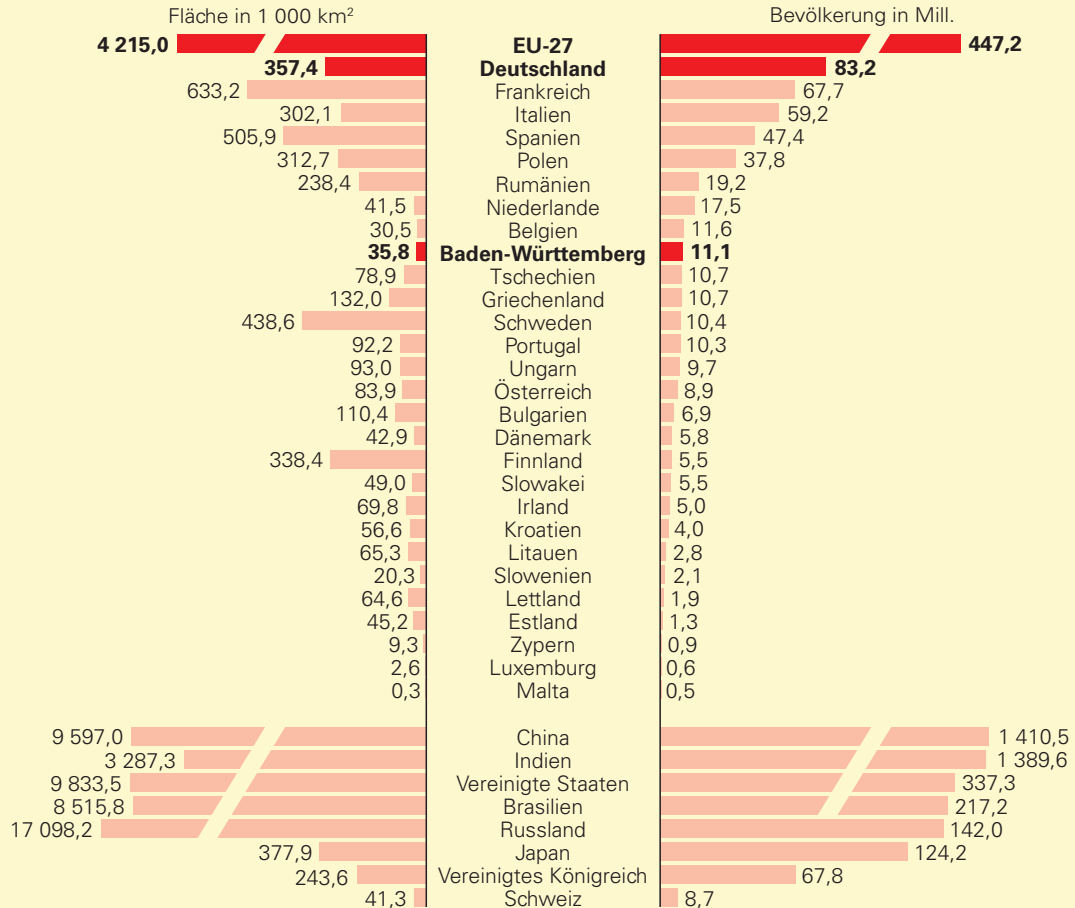
# Einwohnerzahl in Baden-Württemberg leicht gestiegen

In Baden-Württemberg lebten 2021 rund 11,1 Mill. Einwohnerinnen und Einwohner. Das waren 21 600 Menschen mehr als im Vorjahr. Bundesweit stieg die Einwohnerzahl 2021 um 82 100 auf 83,2 Mill. Bürgerinnen und Bürger. Der Südwesten belegt den 3. Platz unter den bevölkerungsreichsten Bundesländern. Auf Platz 1 liegt Nordrhein-Westfalen mit 17,9 Mill. Einwohnerinnen und Einwohnern gefolgt von Bayern mit 13,2 Mill. Menschen. Am wenigsten Einwohnerinnen und Einwohner zählt Bremen (0,7 Mill.). Gemessen an der Gebietsfläche sind Bayern mit 70 542 km<sup>2</sup> und Niedersachsen mit 47 710 km<sup>2</sup> die größten Bundesländer. Der Südwesten belegt Rang 3 mit 35 748 km<sup>2</sup> und Bremen ist das kleinste Bundesland mit 420 km<sup>2</sup>.

Wird die Einwohnerzahl ins Verhältnis zur Gebietsfläche gesetzt, ergibt sich ein anderes Bild.

Dann sind die Stadtstaaten vorn mit einer deutlich höheren Bevölkerungsdichte als die Flächenländer: Berlin an der Spitze mit 4 127 Bürgerinnen und Bürgern je km<sup>2</sup> sowie Hamburg und Bremen an 2. und 3. Stelle mit 2 455 bzw. 1 612 Menschen auf einem Quadratkilometer. Unter den Flächenländern ist Nordrhein-Westfalen am dichtesten besiedelt. Dort lebten 2021 durchschnittlich 525 Einwohnerinnen und Einwohner auf einem Quadratkilometer. Baden-Württemberg belegt auch hier den 3. Platz mit 311 Menschen je km<sup>2</sup>, direkt hinter dem Saarland, das 385 Bürgerinnen und Bürger je km<sup>2</sup> zählte. Der Bundesdurchschnitt lag 2021 bei 233 Menschen je km<sup>2</sup>, wobei Mecklenburg-Vorpommern mit 69 Einwohnerinnen und Einwohnern je km<sup>2</sup> die niedrigste Bevölkerungsdichte aufwies.

## Gebiet und Bevölkerung in der Europäischen Union und in ausgewählten Ländern



Daten: 2021 bzw. letztes verfügbares Jahr.

Datenquellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, World-Factbook.

## In der EU-27 leben mehr als 447 Millionen Menschen

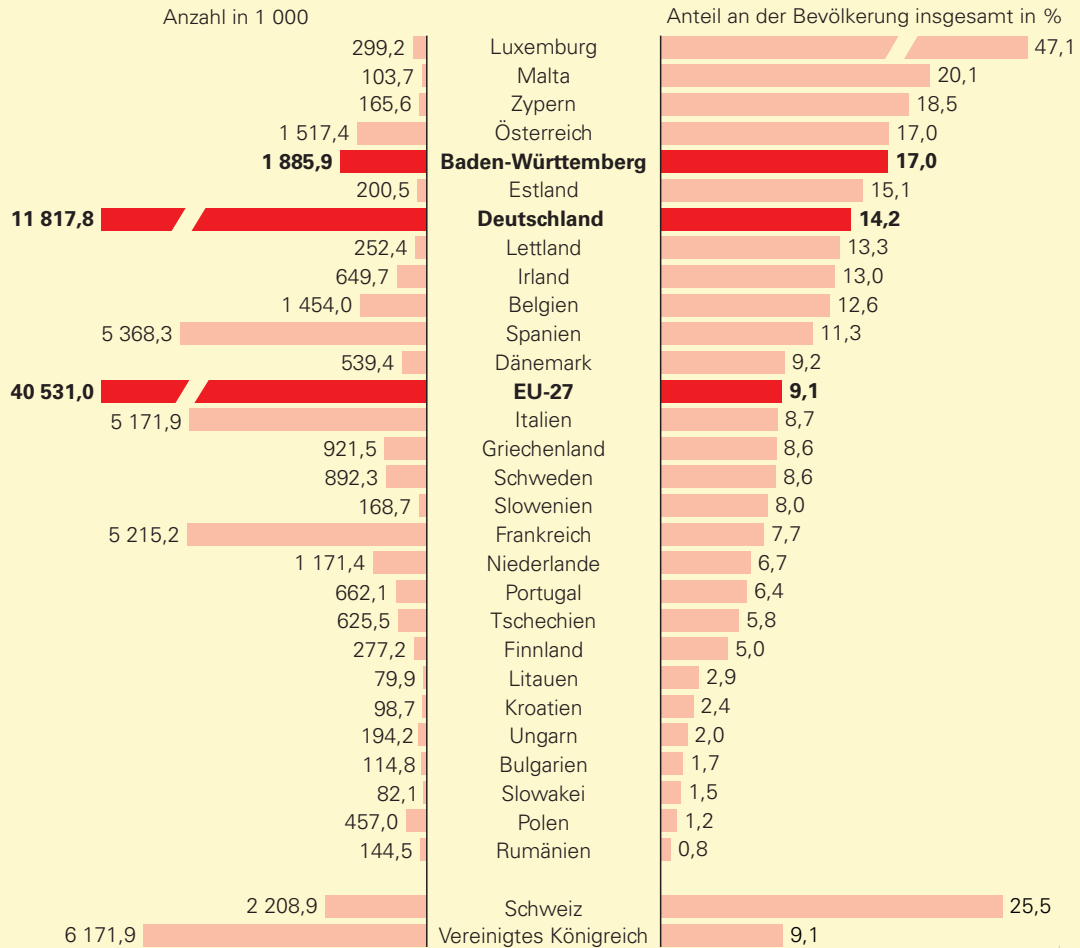
Im Jahr 2021 lebten in der Europäischen Union 447,2 Mill. Menschen. Damit steht die EU weiterhin weltweit an dritter Stelle nach China und Indien mit jeweils rund 1,4 Mrd. Einwohnerinnen und Einwohnern.

Das bevölkerungsreichste Land der EU ist Deutschland mit 83,2 Mill. Bürgerinnen und Bürgern, gefolgt von Frankreich mit 67,7 Mill. In Baden-Württemberg lebten 2021 rund 11,1 Mill. Menschen. Damit weisen nur 8 EU-Länder mehr Einwohnerinnen und Einwohner auf als der Südwesten. Malta, Luxemburg und Zypern haben mit jeweils weniger als 1 Mill. Menschen die niedrigste Einwohnerzahl und sind zudem auch flächenmäßig die kleinsten EU-Länder. Die maltesische Gebietsfläche beträgt lediglich 315 km<sup>2</sup>. Das größte EU-Land ist Frankreich mit 633 000 km<sup>2</sup>. An zweiter Stelle steht Spanien mit 506 000 km<sup>2</sup>,

während Deutschland mit 357 000 km<sup>2</sup> den vierten Platz der EU-Länder belegt. Insgesamt weist die EU eine Gebietsfläche von 4 215 000 km<sup>2</sup> auf. Dabei wäre Baden-Württemberg mit 36 600 km<sup>2</sup> in der Gruppe der sechs kleinsten Länder.

Wird die Bevölkerungsdichte betrachtet, rückt Malta an die erste Stelle der EU. 2021 lebten dort 1 636 Menschen auf einem Quadratkilometer. An zweiter Stelle liegen die Niederlande mit 421 Einwohnerinnen und Einwohnern je km<sup>2</sup>. Baden-Württemberg ist mit 311 Menschen je km<sup>2</sup> deutlich dichter besiedelt als Deutschland mit 233 Bürgerinnen und Bürgern je km<sup>2</sup>. Somit ist die Bevölkerungsdichte in Deutschland mehr als doppelt so hoch wie der EU-Durchschnitt von 106 Menschen je km<sup>2</sup>. Am dünnsten besiedelt ist Finnland mit 16 Bürgerinnen und Bürgern je km<sup>2</sup>.

## Ausländerinnen und Ausländer



Daten: 2021 bzw. letztes verfügbares Jahr.

Datenquellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt.



# In Baden-Württemberg leben 1,9 Millionen Ausländerinnen und Ausländer

In Baden-Württemberg lebten zum Jahresende 2021 fast 1,9 Mill. Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Dies entspricht einem Anteil von 17 % an der Gesamtbevölkerung. Damit weist der Südwesten bundesweit nach Hessen mit 18,5 % den zweithöchsten Ausländeranteil unter den Flächenländern auf. In Mecklenburg-Vorpommern, mit dem geringsten Anteil, besitzen dagegen nur 5 % der Bürgerinnen und Bürger einen ausländischen Pass.

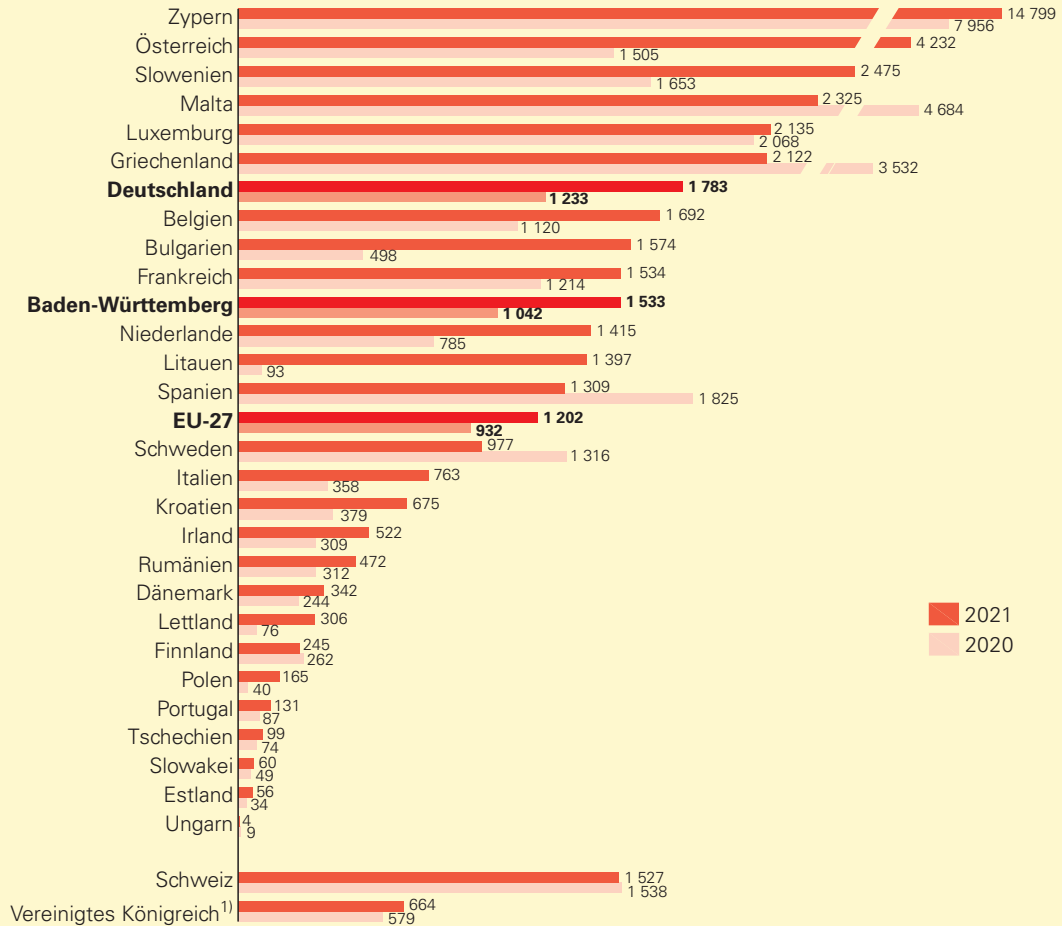
Fast die Hälfte (48 %) der in Baden-Württemberg lebenden Ausländerinnen und Ausländer kommen aus einem EU-Staat, während etwa 52 % aus einem Nicht-EU Land kommen. Rund 251 000 Ausländerinnen und Ausländer stammen aus der Türkei. Damit ist die Türkei mit einem Anteil von 13,3 % der in Baden-Württemberg lebenden Ausländerinnen und Ausländer die am stärksten vertretene Na-

tionalität, gefolgt von Italien und Rumänien mit 9,6 % bzw. 9,1 %.

Mit bundesweit insgesamt 11,8 Mill. Ausländerinnen und Ausländern Ende 2021, bzw. einem Anteil von 14 % an der Gesamtbevölkerung belegt Deutschland den sechsten Platz unter den EU-Ländern. Durch die Ansammlung vieler EU-Institutionen und internationaler Unternehmen in Luxemburg haben viele ausländische Arbeitskräfte ihren Wohnsitz dort. Mit einer Ausländerquote von 47,1 % steht das Großherzogtum daher an der Spitze der EU-Länder. Der Südwesten würde sich im EU-Vergleich hinter Malta (20,1 %), Zypern (18,5 %) und Österreich (17 %) auf Rang 4 einreihen. Schlusslicht bilden Rumänien, Polen, Slowakei und Bulgarien: dort leben nur wenige Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Die Ausländerquote liegt bei jeweils unter 2 %.

# Erstmalige Asylanträge

Anträge je 1 Mill. Einwohnerinnen und Einwohner



1) 2019 bzw. 2018.

Datenquellen: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Eurostat.

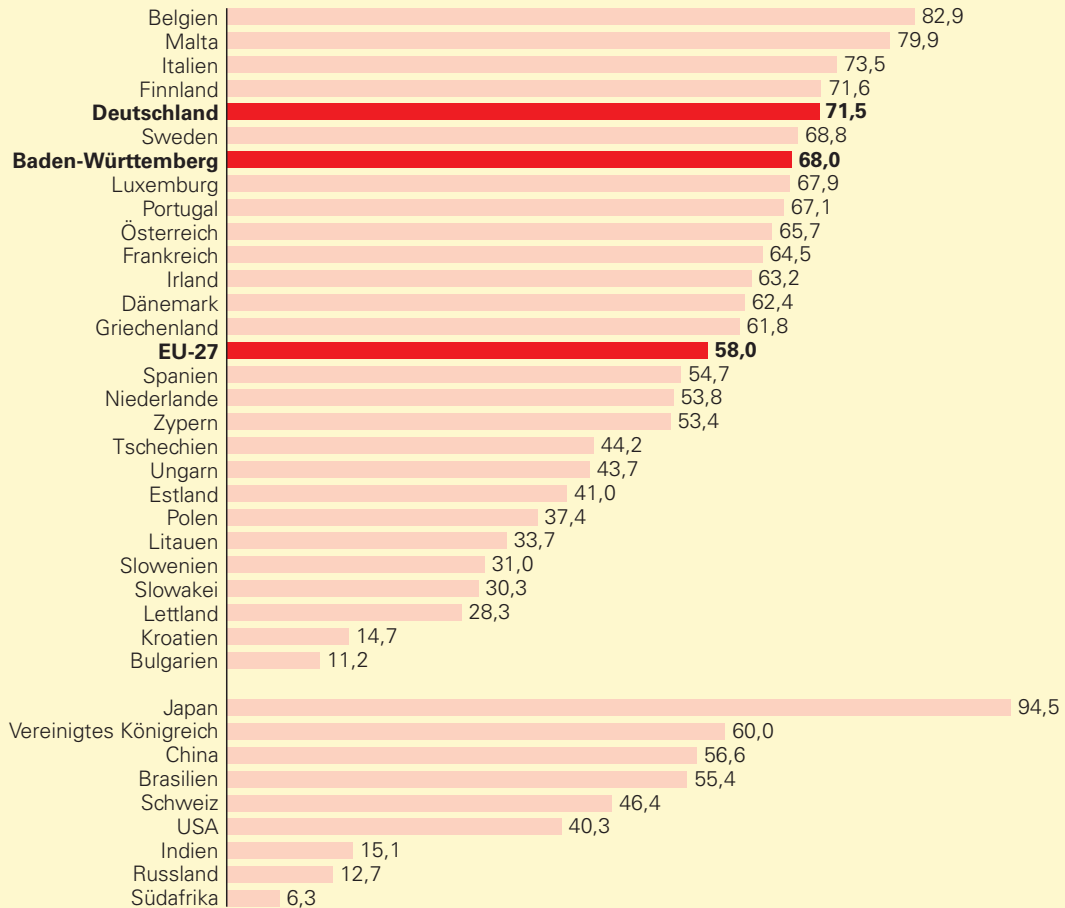
## Anzahl an Asylanträgen in Baden-Württemberg und Deutschland gestiegen

Die Zahl der Erstanträge auf Asyl hat 2021 in Baden-Württemberg und Deutschland nach 4 Jahren stetigem Rückgang wieder zugenommen. Im Südwesten stieg die Zahl der Erstanträge von 11 567 im Jahr 2020 auf 17 055 in 2021. Dies ergibt einen Anstieg von 47 %. Deutschlandweit stieg die Zahl der Erstanträge auf Asyl um rund 45 % von 102 581 (2020) auf 148 233 (2021). Damit bleibt Deutschland weiterhin wichtigstes Zielland der Asylsuchenden in der EU, während Baden-Württemberg im EU-Vergleich auf Platz 9 liegen würde. In den 27 EU-Mitgliedstaaten beantragten 2021 insgesamt 537 345 Asylsuchende erstmalig Schutz. Das sind knapp 29 % mehr als im Vorjahr. EU-weit standen wie schon in den Vorjahren Syrer an erster Stelle der Asylsuchenden. Auf Platz 2 und 3 folgten afghanische und irakische Staatsangehörige.

Bezogen auf die Einwohnerzahl des jeweiligen Mitgliedstaates war die Zahl der Asylbewerberinnen und Asylbewerber im Jahr 2021 in Zypern mit 14 799 je 1 Mill. Einwohnerinnen bzw. Einwohner am höchsten. Österreich folgte auf Platz 2 mit 4 232 Asylsuchenden je 1 Mill., während Deutschland mit 1 783 auf Platz 7 lag. Baden-Württemberg lag im EU-Vergleich mit 1 533 Asylsuchenden je 1 Mill. Einwohnerinnen bzw. Einwohner knapp hinter Frankreich (1 534) und deutlich über dem EU-Durchschnitt (1 202). In Ungarn wurden 2021 EU-weit am wenigsten Anträge auf Asyl registriert. Dort suchten lediglich 40 Bewerberinnen und Bewerber Schutz, im Verhältnis zur Einwohnerzahl ergibt dies vier Anträge je 1 Mill.

## COVID-19-Impfquote\*)

Anteil aller Booster-Geimpften<sup>1)</sup> an der Gesamtbevölkerung in %



Daten: 2022 (letzte verfügbare Daten je Land, Stand: 07.10.2022). – \*) Quotient aus der Gesamtzahl aller Auffrischungsimpfungen und der Gesamtzahl aller Einwohner/-innen. – 1) Gesamtzahl aller Auffrischungsimpfungen.

Datenquellen: Our World in Data, RKI, Statistisches Bundesamt.

## Gut zwei Drittel der Menschen sind in Baden-Württemberg geboostert

Das Corona-Virus SARS-CoV-2, das seit 2020 infizierte Menschen an COVID-19 erkranken lässt, zirkuliert noch immer in der Gesellschaft und bringt durch Mutationen neue Virusvarianten hervor. Deshalb, und weil der Impfschutz mit der Zeit nachlässt, wird mit der laufenden Impfkampagne gegen COVID-19 die Auffrischung bisheriger Impfungen empfohlen.

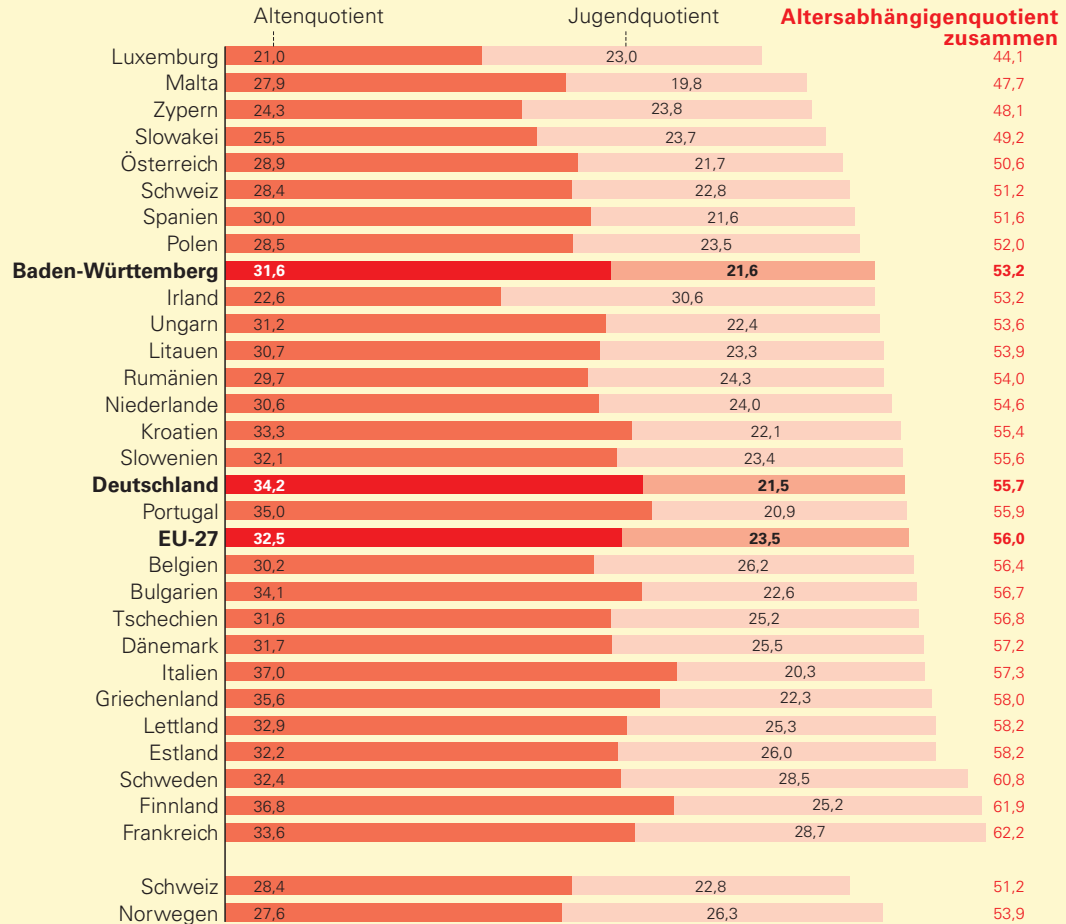
In Deutschland wurden die seit September 2021 angebotenen Auffrischungsimpfungen, auch Booster genannt, bis Anfang Oktober 2022 insgesamt etwa 60 Mill. mal verabreicht. Dies entspricht einer Impfquote von 71,5 % an der Gesamtbevölkerung. In Baden-Württemberg wurde seither eine Booster-Impfquote von 68 % erreicht. In Schleswig-Holstein ist die Impfbereitschaft der Bürger und Bürgerinnen am höchsten. Hier liegt die Booster-Impfquote bei über 88 %. Das Robert Koch-Institut, zentrale Einrichtung

der Bundesregierung auf dem Gebiet der Krankheitsüberwachung und -prävention, weist aufgrund von Nachmeldungen insgesamt auf tatsächlich höhere Quoten hin.

Mit Blick auf das internationale Impfgeschehen ist zu erkennen, dass innerhalb der Europäischen Union Belgien mit einer Booster-Impfquote von knapp 83 % an der Spitze steht. Deutschland nimmt in diesem Vergleich den 4. Platz ein. In Bulgarien und Kroatien ist die Bereitschaft für die Auffrischungsimpfung mit einer Impfquote von gerade einmal 11,2 % bzw. 14,7 % sehr viel geringer. Außerhalb der Europäischen Union steht Japan mit einer bemerkenswerten Booster-Impfquote von 94,5 % an erster Stelle. In Südafrika liegt die Impfquote der Personen, die ihre bisherigen Corona-Impfungen auffrischten, bei nur 6,3 % und damit am niedrigsten im internationalen Vergleich.

# Bevölkerungsstruktur

Belastungsmaße in %



Daten: 2021.

Datenquelle: Eurostat.

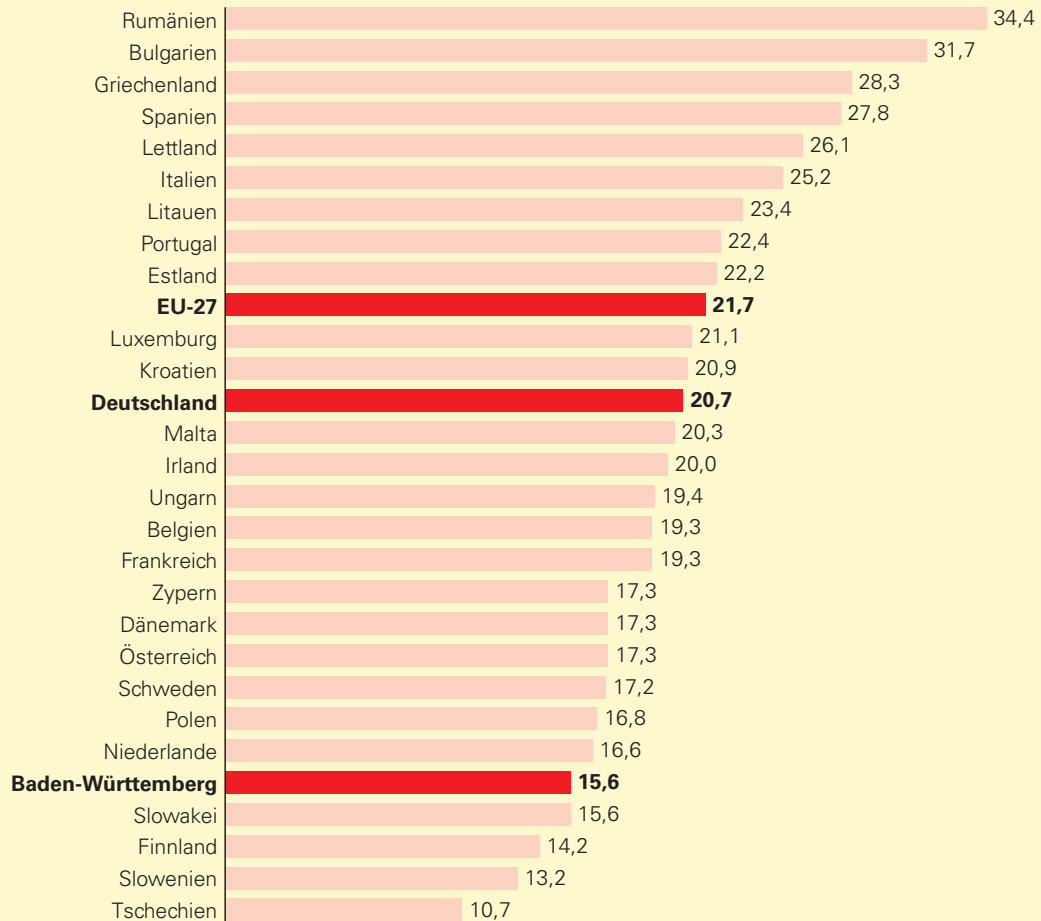
# Demografische Alterung in der EU schreitet voran

Junge und alte Menschen müssen finanziell von den erwerbstätigen Personen unterstützt werden. Zahlenmäßig lässt sich dies durch die sogenannten Belastungsmaße Jugend-, Alten- und Altersabhängigenquotient veranschaulichen. Während der Jugendquotient das Verhältnis der unter 15-Jährigen zur erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren angibt, stellt der Altenquotient den entsprechenden Anteil der 65-Jährigen und Älteren dar. Der Altersabhängigenquotient, oder auch Gesamtquotient, beschreibt als Summe von Alten- und Jugendquotient das Verhältnis der erwerbsfähigen zur jungen Bevölkerung, die noch nicht bzw. zur älteren Bevölkerung, die nicht mehr arbeitet. Dabei gibt dieser Hinweise auf die Entwicklung des demografischen Wandels und die Belastbarkeit der sozialen Sicherungssysteme. Die Altersstruktur der Bevölkerung hat sich in allen Gesellschaften der Europäischen Union weiter in

Richtung der älteren Generation verschoben. Im Südwesten ist der Altenquotient in den letzten 30 Jahren seit 1991 von 20,5 % auf 31,6 % gestiegen. Damit liegt Baden-Württemberg 2021 beim Altenquotient leicht unter dem EU-Durchschnitt von 32,5 %. Innerhalb der Europäischen Union trifft die Überalterung der Gesellschaft Italien, Finnland, Griechenland, Portugal und Deutschland am stärksten. Luxemburg, Irland und Zypern hatten 2021 die niedrigsten Altenquotienten. Der Jugendquotient ist im Südwesten in den letzten 30 Jahren dagegen um 1,5 Prozentpunkte auf 21,6 % gesunken und lag knapp 2 Prozentpunkte unter dem EU-Durchschnitt. EU-weit kamen damit 2021 auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 23,5 junge Personen im Alter von unter 15 Jahren. Irland, Frankreich und Schweden verzeichneten mit 30,6 %, 28,7 % und 28,5 % die höchsten Jugendquotienten unter den Mitgliedstaaten.

## Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen

Anteil an der Bevölkerung in %



Daten: 2021.

Datenquellen: Eurostat, EU-SILC, Statistische Landesamt Baden-Württemberg.



## Geringes Armutsrisiko im Südwesten

Die Europäische Union hatte bereits mit der Strategie „Europa 2020“ das Ziel verfolgt, die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen bis zum Jahr 2020 senken zu wollen. Armut oder soziale Ausgrenzung sind gegeben, wenn eine Person von Einkommensarmut bedroht ist, unter erheblichen materiellen Entbehrungen leidet und/oder in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbstätigkeit lebt. Im Jahr 2021 waren in der Europäischen Union durchschnittlich noch rund jede/jeder Fünfte bzw. 21,7 % der gesamten Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Diese Quote ist von 2015 bis 2021 kontinuierlich um insgesamt 2,3 Prozentpunkte gesunken.

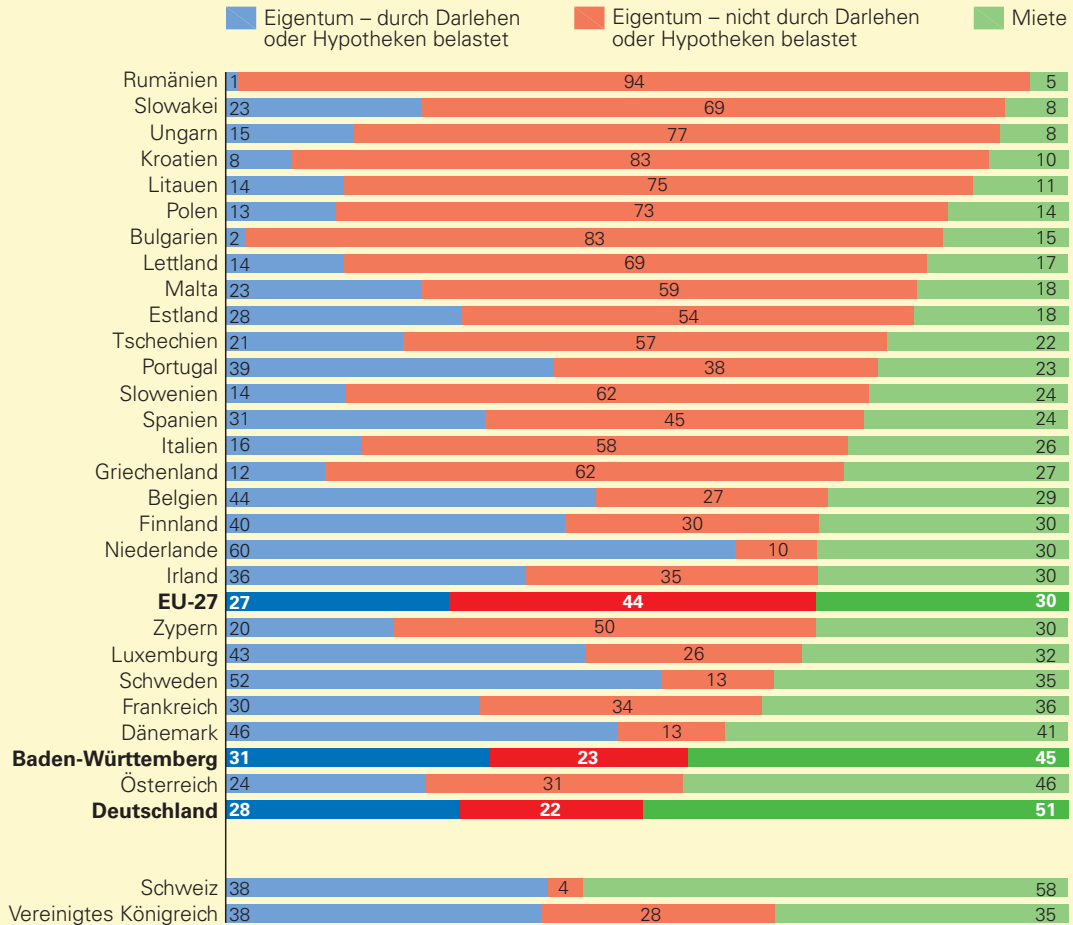
In Deutschland lag der Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen im Jahr 2021 bei 20,7 % und damit etwas unter dem euro-

päischen Durchschnitt. Das höchste Armutsrisiko in der Europäischen Union wies Rumänien mit einer Quote von 34,4 % auf, das heißt mehr als jede/jeder Dritte. In den Ländern Tschechien, der Slowakei und Slowenien dagegen waren die wenigsten Personen von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht.

Baden-Württemberg liegt gemäß diesem EU-Ranking mit einer Quote von 15,6 % auf Rang 5, direkt nach Slowenien. Damit war das Risiko von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht zu sein im Südwesten 2021 deutlich niedriger als im EU-Durchschnitt oder auch in Deutschland. Der Abstand dieser Quote in Baden-Württemberg zu Deutschland beträgt etwa 5 Prozentpunkte.

## Wohnbesitzverhältnisse

Anteile in %



Daten: 2021 bzw. letztes verfügbares Jahr.  
Datenquellen: Eurostat EU-SILC.

## Wohneigentum in der EU beliebt – Deutschland ist Schlusslicht

Wohnraum gehört wie Nahrung und Kleidung zu unseren Grundbedürfnissen. Eine Wohnung ist jedoch weit mehr als ein Dach über dem Kopf, sie ist vielmehr auch Lebensraum zur Verwirklichung von individuellen Wünschen. So verwundert es nicht, dass die meisten Menschen anstreben, in der eigenen Wohnung zu leben. In der Europäischen Union haben sich gut zwei Drittel der Haushalte diesen Traum bereits erfüllt.

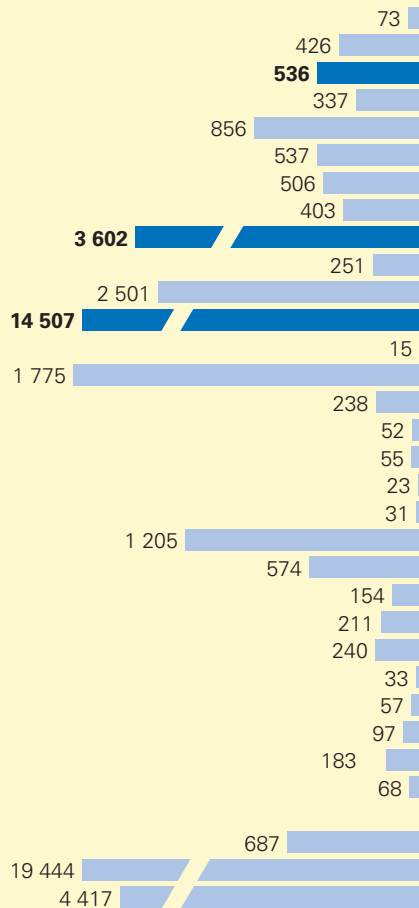
Der Anteil der Haushalte mit Wohneigentum liegt aktuell in der EU-27 bei durchschnittlich rund 70 %. Innerhalb der Mitgliedsländer unterscheidet sich dieser Wert allerdings erheblich. Die Spanne liegt zwischen 50 % in Deutschland und 95 % in Rumänien. In Baden-Württemberg liegt der Anteil der Haushalte, die in ihrer eigenen Immobilie wohnen, bei 55 %. Rund 31 % der Haushalte lebten

hierzulande in einer eigenen Wohnung, die mit einem Darlehen oder einer Hypothek belastet war. In Deutschland betrug der Anteil der Haushalte mit einer solchen Belastung 28 %.

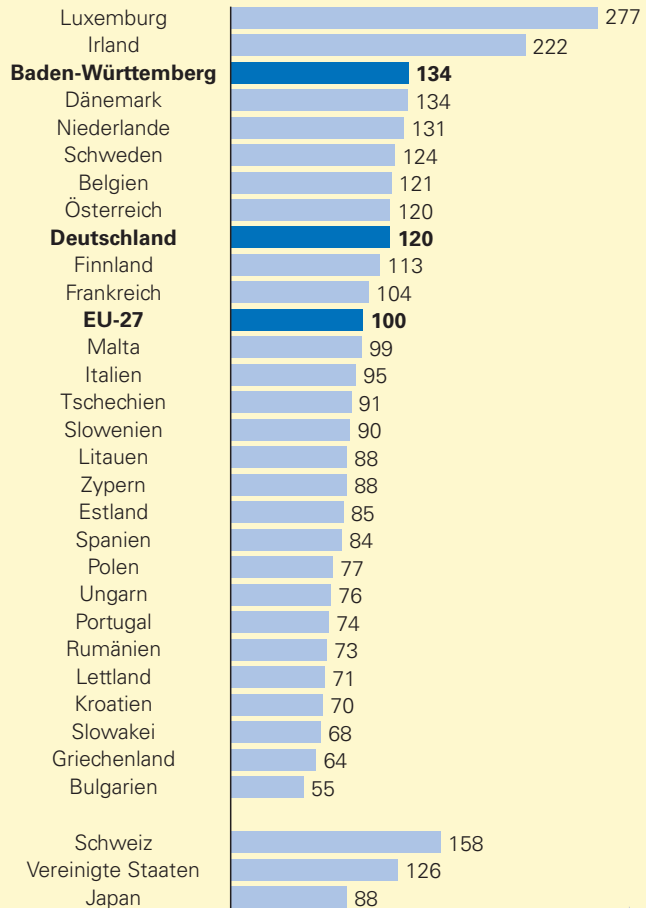
In allen EU-Mitgliedstaaten überstieg der Anteil der Haushalte, die in ihrer eigenen Wohnung lebten, den Anteil der in Miete lebenden Haushalte. In der Schweiz hingegen lebten mehr als die Hälfte der Haushalte in einer Mietwohnung (58 %) und von den eigenen Wohnimmobilien (42 %) waren nur 4 % unbelastet von einem Darlehen oder einer Hypothek. Ebenfalls gering ist dieser Anteil in den Niederlanden (10 %), Dänemark und in Schweden (je 13 %), allerdings liegt hier der Anteil der Haushalte mit einer eigenen Wohnimmobilie insgesamt mit 70 %, 59 % bzw. 65 % deutlich höher.

## Wirtschaftsleistung und Wirtschaftskraft

Bruttoinlandsprodukt in Mrd. EUR



Bruttoinlandsprodukt je Einwohner/-in  
in KKS<sup>1)</sup>, EU-27 = 100



Daten: 2021. – 1) Kaufkraftstandards (künstliche Währung, die internationale Preisniveaunterschiede eliminiert).

Datenquellen: Eurostat, Weltbank, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

# Wirtschaftskraft des Südwestens 2021 überdurchschnittlich hoch

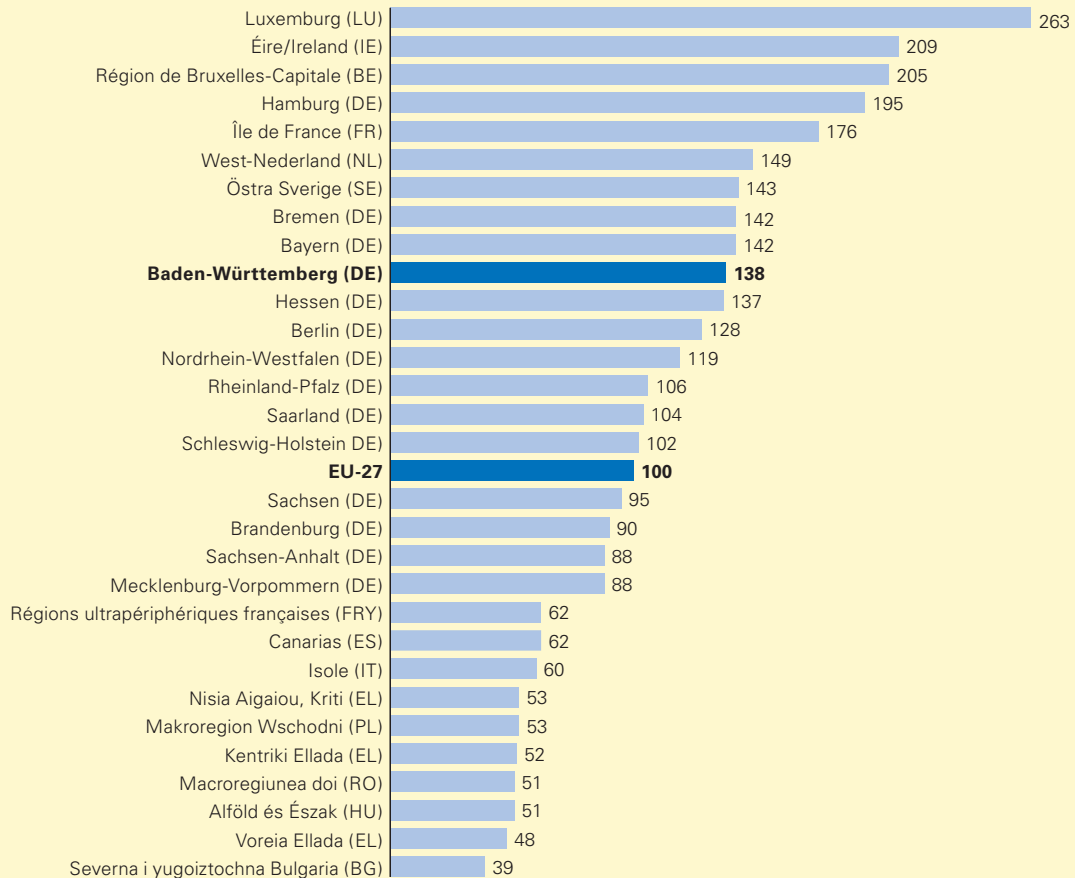
Die Wirtschaftsleistung Baden-Württembergs, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), lag 2021 nominal bei rund 536 Mrd. Euro und war damit in etwa gleich hoch wie in Schweden (537 Mrd. Euro). Pro Kopf wurden somit im Südwesten rund 48 250 Euro erwirtschaftet, etwa 12 % mehr als im Bundesdurchschnitt mit 43 290 Euro und sogar 49 % über dem durchschnittlichen Pro-Kopf-BIP in der EU. Zwischen den EU-Mitgliedstaaten gibt es dabei große Differenzen. Auf lediglich 30 % des EU-Durchschnitts in Höhe von 32 380 Euro belief sich das BIP pro Kopf in Bulgarien mit 9 850 Euro. Luxemburg hingegen erwirtschaftete mit 114 370 Euro pro Kopf das 3,5-fache des EU-Durchschnitts.

Bereinigt man das BIP pro Kopf um die jeweilige Kaufkraft in den Mitgliedsländern, reduziert sich

das wirtschaftliche Gefälle zwischen den Ländern. Dennoch rangieren selbst nach Kaufkraftstandards (KKS) gemessen die ost- und südeuropäischen Länder mit ihrer Wirtschaftskraft deutlich unterhalb des EU-Durchschnitts, während die Länder aus Nord- und Zentraleuropa das Ranking anführen. Besonders hoch lag 2021 die kaufkraftbereinigte Wirtschaftsleistung pro Person in Luxemburg mit dem 2,8-fachen des EU-Durchschnitts. Am Ende des Rankings steht Bulgarien, das lediglich knapp mehr als die Hälfte des durchschnittlichen EU-Werts erwirtschaftete. Deutschland erbrachte ein um 20 % höheres BIP pro Kopf gemessen in KKS. Baden-Württembergs Wirtschaftskraft betrug 34 % mehr als der EU-Durchschnitt. Zum Vergleich: Schwedens BIP pro Kopf in KKS lag 2021 um 24 % höher als in der EU.

## Wirtschaftskraft ausgewählter Regionen\* der Europäischen Union

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner/-in in KKS<sup>1)</sup>, EU-27 = 100



Daten: 2020. – \*) NUTS-Ebene 1, die in Deutschland den Bundesländern entspricht. – 1) Kaufkraftstandards (künstliche Währung, die internationale Preisniveauunterschiede eliminiert).

Datenquelle: Eurostat.

## Baden-Württemberg 2020 auf Platz 10 der wirtschaftsstärksten EU-Regionen

Baden-Württembergs Wirtschaftskraft erreichte im Vergleich mit den 92 NUTS 1-Regionen der EU, die mit den deutschen Bundesländern vergleichbar sind, auch 2020 ein sehr hohes Niveau. Das BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards – ein Indikator für die Wirtschaftskraft einer Region – lag im Südwesten 38 % über dem EU-Durchschnitt. Wie im Vorjahr belegte der Südwesten damit wiederum den 10. Platz.

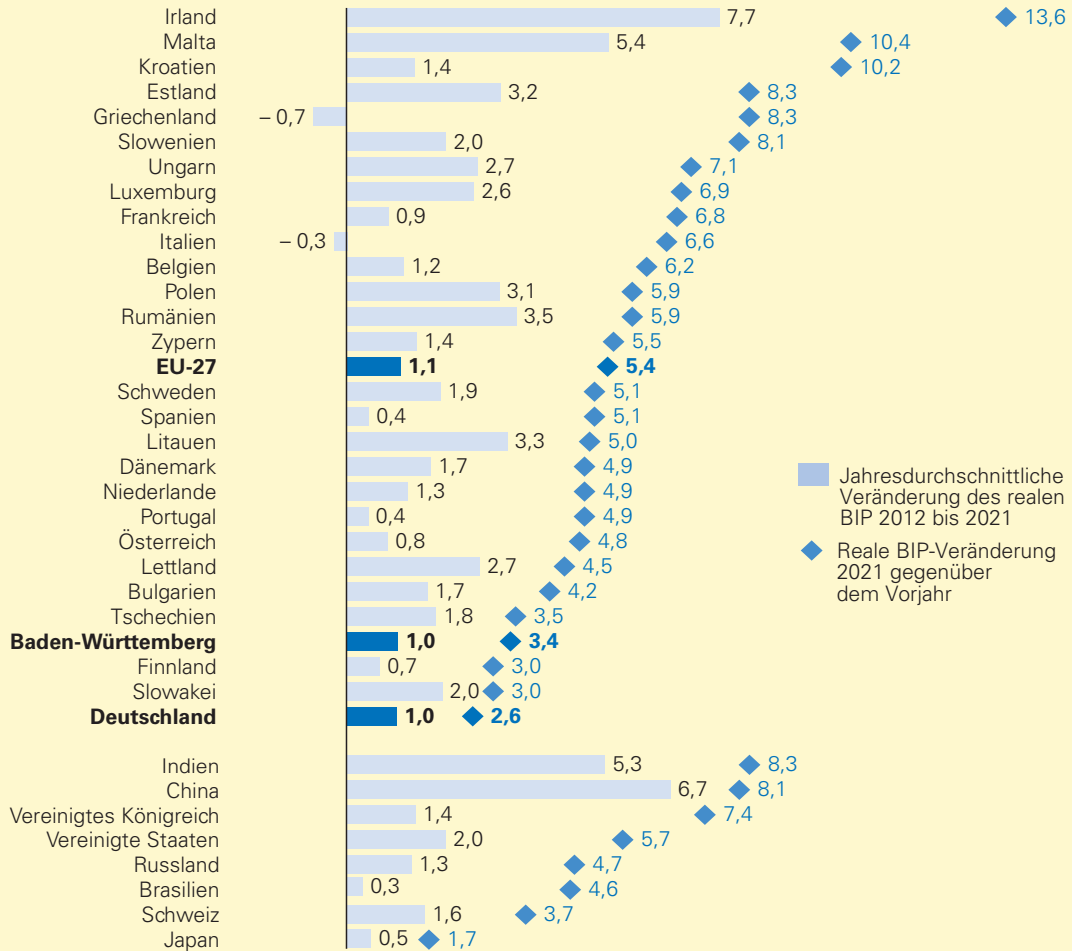
Wie in den Jahren zuvor, war 2020 das Großherzogtum Luxemburg die wirtschaftsstärkste Region der EU. Mit einem Anstieg von 19 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahreswert, überholte Irland im Jahr 2020 die Region Brüssel und setzte sich damit auf Platz 2 durch. Diese drei Regionen übertrafen jeweils die durchschnittliche Wirtschaftskraft der EU um mehr als das Doppelte. Deutsch-

landweit war weiterhin Hamburg führend. Unter den zehn wirtschaftsstärksten Regionen finden sich außerdem die Bundesländer Bremen und Bayern und Baden-Württemberg. Die ostdeutschen Länder erbrachten zwischen 88 % (Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt) und 95 % (Sachsen) der durchschnittlichen EU-Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung.

Die zehn wirtschaftsschwächsten Regionen mit maximal 62 % des EU-Durchschnitts konzentrierten sich auf Ost- und Südeuropa. Weniger als die Hälfte der durchschnittlichen europäischen Wirtschaftsleistung erbrachte die bulgarische Region „Severna i yugoiztochna Bulgaria“ mit nur 39 % des kaufkraftbereinigten BIP pro Kopf aller EU-Regionen und die Region „Voreia Ellada“ in Griechenland mit 48 %.

# Wirtschaftswachstum

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in %



Datenquellen: Eurostat, OECD, IWF, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.



# Baden-Württembergs Wirtschaftswachstum 2021 im EU-Vergleich im unteren Drittel

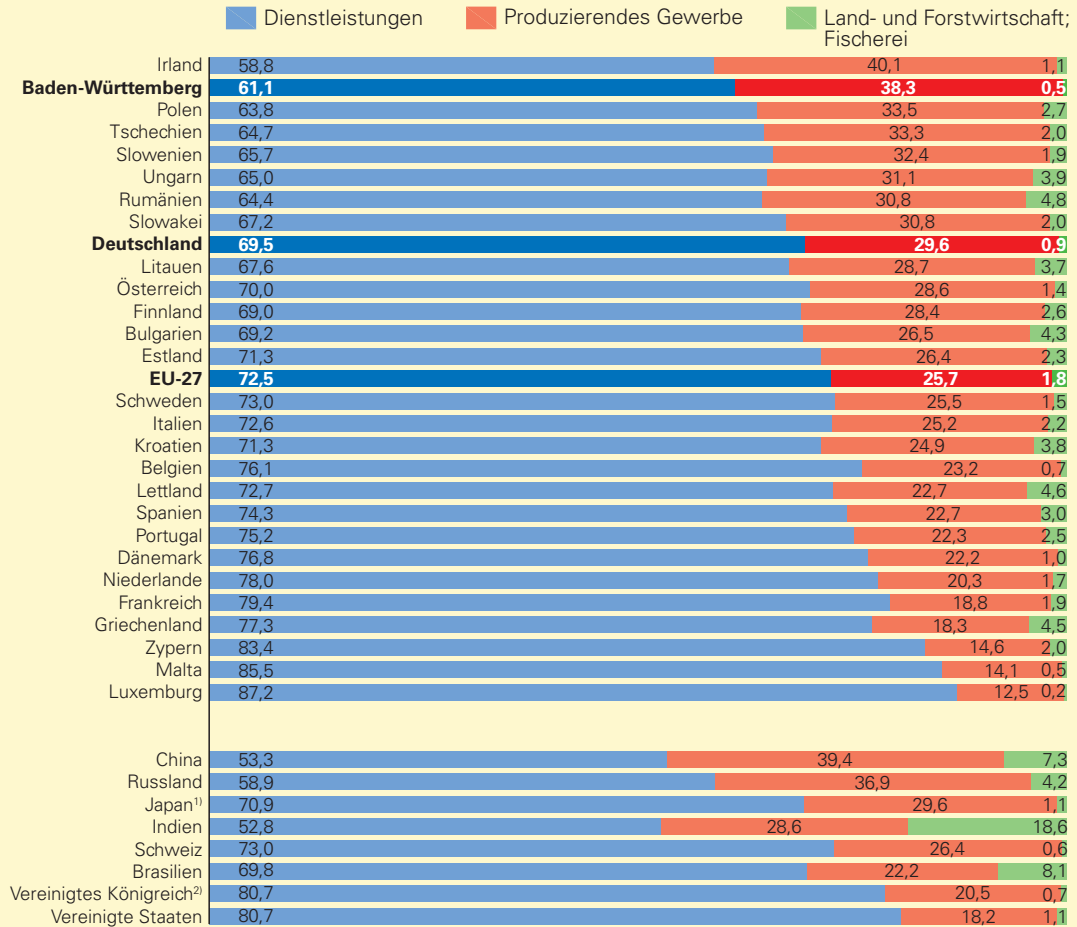
Nach dem weltweiten Einbruch der Wirtschaftsleistung im Jahr 2020 wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2021 gegenüber dem Vorjahresniveau in allen dargestellten Ländern. Die EU-27 Staaten verzeichneten im Durchschnitt einen Zuwachs von 5,4 % zum Vorjahr. Mit einer Wachstumsrate von 2,6 % wies Deutschland das niedrigste Wirtschaftswachstum innerhalb der EU-Staaten aus. Betrachtet man zusätzlich bedeutende Nicht-EU-Staaten hatte darunter einzig Japan ein geringeres Wirtschaftswachstum. In Baden-Württemberg war das BIP-Wachstum 2021 mit Plus 3,4 % etwas dynamischer als im Bundesgebiet. Mit einem Zuwachs von 13,6 % führte Irland erneut das Ranking im EU-Ländervergleich an. Mit Platz 2 im Länderranking erreichte Malta 2021 erneut eine Spitzenposition, nachdem es durch einen starken Wirtschaftseinbruch im Vorjahr kurzfristig auf ei-

nem der hinteren Ränge lag. Griechenland hingegen rückte nach einer mehrjährigen Phase auf den hinteren Rängen im Querschnittsvergleich auf Platz 4 vor.

In der längerfristigen Betrachtung sank jedoch die durchschnittliche Wirtschaftsleistung Griechenlands über die letzten 10 Jahre hinweg. Und auch in Italien lag das langfristige BIP-Wachstum ebenfalls im Minus. Diese beiden Staaten hatten nach langen Phasen des Abschwungs seit der Eurokrise nur eine kurze Erholungsphase vor der Corona-Pandemie. Irland verzeichnete auch auf lange Sicht mit Abstand das höchste Wachstum. Über den Zeitraum der letzten Dekade wuchs das irische BIP durchschnittlich um 7,7 %. Die Wirtschaft in Baden-Württemberg und Deutschland wuchs von 2012 bis 2021 durchschnittlich um jeweils 1 %.

## Wirtschaftsstruktur

Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung insgesamt in %



Daten: 2021. – 1) 2018. – 2) 2019.

Datenquellen: Eurostat, Weltbank, Bureau of Economic Analysis, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

## Südwesten mit zweithöchstem Industrieanteil

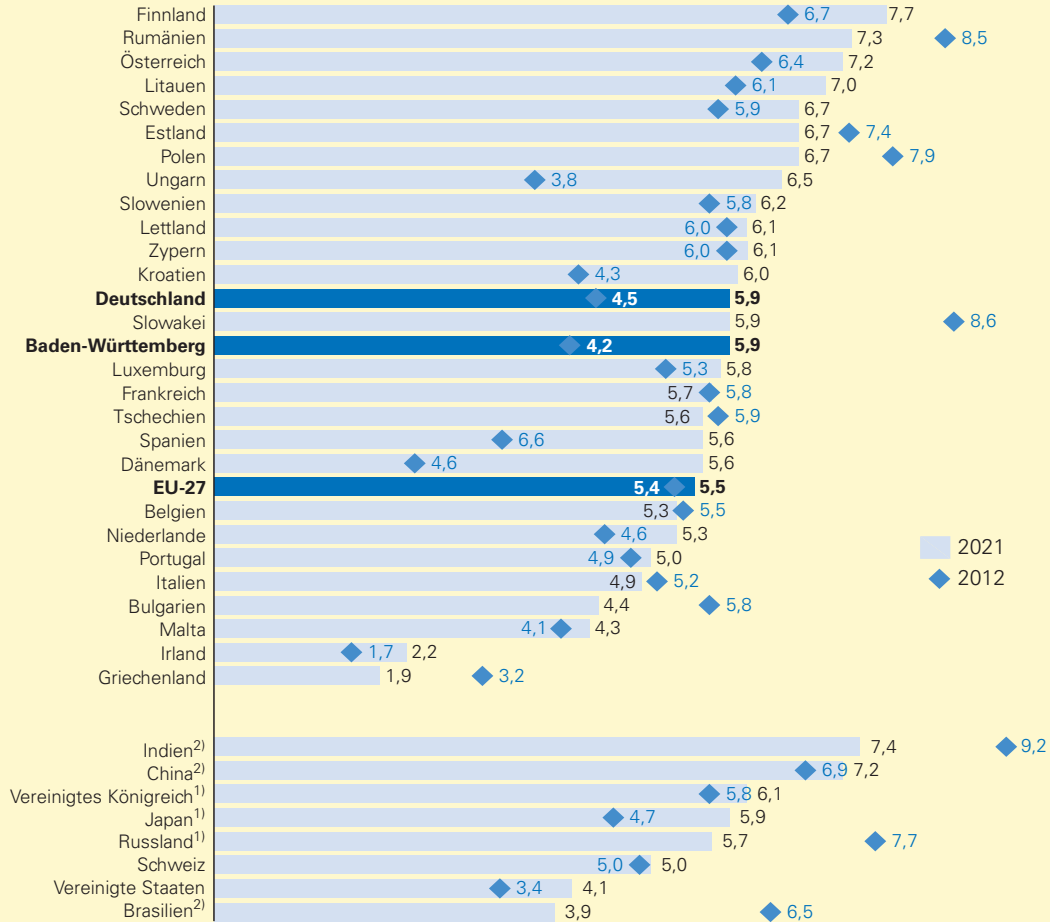
Die Wirtschaftsstruktur einer Volkswirtschaft lässt sich durch die Zusammensetzung der drei Sektoren „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“, „Dienstleistungen“ und „Produzierendes Gewerbe“ beschreiben. Ihre Anteile an der Bruttowertschöpfung bzw. insbesondere die der einzelnen Wirtschaftszweige, wie zum Beispiel des Verarbeitenden Gewerbes, haben in den verschiedenen Ländern unterschiedlich große Bedeutung. Dank der spezialisierten Ausrichtung, insbesondere im Fahrzeug- und Maschinenbau sowie der Elektrotechnik zeichnet sich Baden-Württemberg seit Jahren durch einen vergleichsweise hohen Industrieanteil aus. 2021 erbrachte Baden-Württemberg allein 30 % der Wertschöpfung aus dem Wirtschaftszweig des Verarbeitenden Gewerbes. Mit einem Beitrag von 22,3 % der gesamtdeutschen Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes

ist Baden-Württemberg anteilmäßig der größte Industriestandort Deutschlands. Europaweit hat lediglich Irland einen höheren Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung (36,8 %).

Alle betrachteten Länder erwirtschafteten über die Hälfte ihrer Bruttowertschöpfung im Dienstleistungssektor. Besonders stark dienstleistungsorientiert sind Luxemburg und Malta mit jeweils über 85 %. Auf den Bereich der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei entfällt in allen EU-Ländern und einem Großteil der Nicht-EU-Länder anteilig weniger als 5 % der Bruttowertschöpfung. Im Südwesten liegt der Anteil sogar unter 1 %. Im internationalen Vergleich erzeugt Indien mit 18,6 % der Wertschöpfung aus diesem Sektor den mit Abstand höchsten Beitrag.

# Bausektor

Anteil des Bausektors an der Bruttowertschöpfung in %



1) 2020. – 2) 2019.

Datenquelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bureau of Economic Analysis.

# Die Bauwirtschaft in Baden-Württemberg gewinnt an Bedeutung

Die Bauwirtschaft in Baden-Württemberg gewann in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung. So erzielte der Anteil des Bausektors an der gesamten Bruttowertschöpfung seit 2012 einen Anstieg von 1,7 Prozentpunkten auf rund 5,9 % im Jahr 2021. Auch in Deutschland war in der letzten Dekade ein ähnlicher, leicht steigender Trend zu beobachten. Von 4,5 % in 2012 ist der Anteil des Bausektors auf ebenfalls 5,9 % gestiegen.

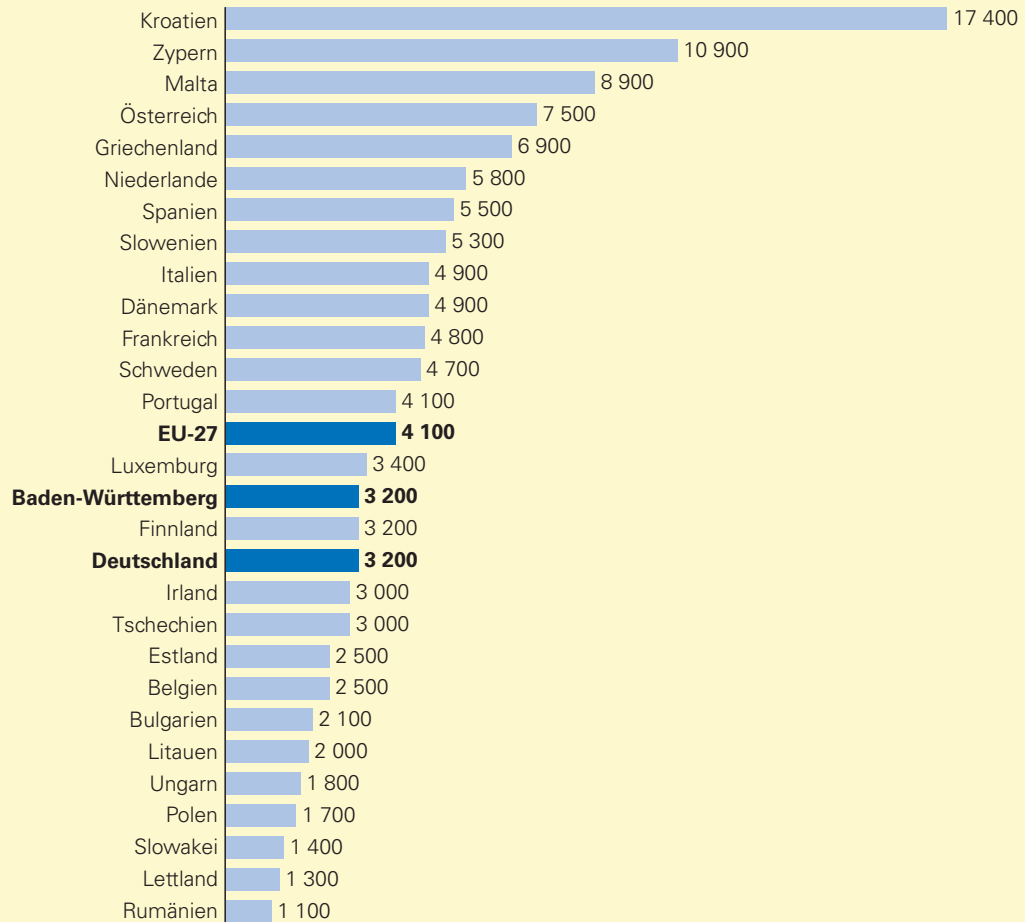
EU-weit ist der Anteil des Bausektors an der Bruttowertschöpfung in den letzten 10 Jahren nahezu konstant geblieben. Mit 5,5 % liegt der EU-Durchschnitt unter dem Niveau von Deutschland und Baden-Württemberg. In Finnland leistete die Bauwirtschaft 2021 den höchsten Beitrag zur Bruttowertschöpfung unter den 27 Mitgliedstaaten der EU. Dort lag der Anteil bei 7,7 %. Eine ähnlich

wichtige Rolle spielt der Bausektor in Rumänien auf Rang 2 mit einem Anteil von 7,3 %, wobei dieser in den letzten 10 Jahren um 1,3 Prozentpunkte gesunken ist. Demgegenüber lag Griechenland 2021 mit einem Anteil des Bausektors an der Bruttowertschöpfung von lediglich 1,9 % auf dem letzten Platz des EU-Rankings, wobei auch hier der Anteil in diesem Zeitraum um 1,3 Prozentpunkte gesunken ist.

Ein Blick auf die großen Volkswirtschaften außerhalb der EU zeigt, dass der Bausektor in Indien mit einem Anteil von 7,4 % besonders stark zur Bruttowertschöpfung beiträgt. Dennoch ist der Anteil dort in den letzten Jahren um 1,8 Prozentpunkte zurückgegangen. Auch China verzeichnet mit 7,2 % einen relativ hohen Anteil des Bausektors an der Bruttowertschöpfung.

## Tourismus

Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben<sup>1)</sup> je 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohnern



Daten: 2021. – 1) Hotels, Gasthöfe und Pensionen; Ferienunterkünfte und ähnliche Beherbergungsstätten; Campingplätze.  
Datenquellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt.

## Wieder mehr Übernachtungen in der Europäischen Union

Nachdem die Corona-Pandemie im Jahr 2020 für die Tourismusbranche besonders einschneidend war, ist die Anzahl der Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben in der Europäischen Union wieder angestiegen. Insgesamt wurden hier im Jahr 2021 etwa 1,8 Mrd. Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben für Touristen getätigt. Das sind etwa ein Drittel mehr als im Corona-Jahr 2020.

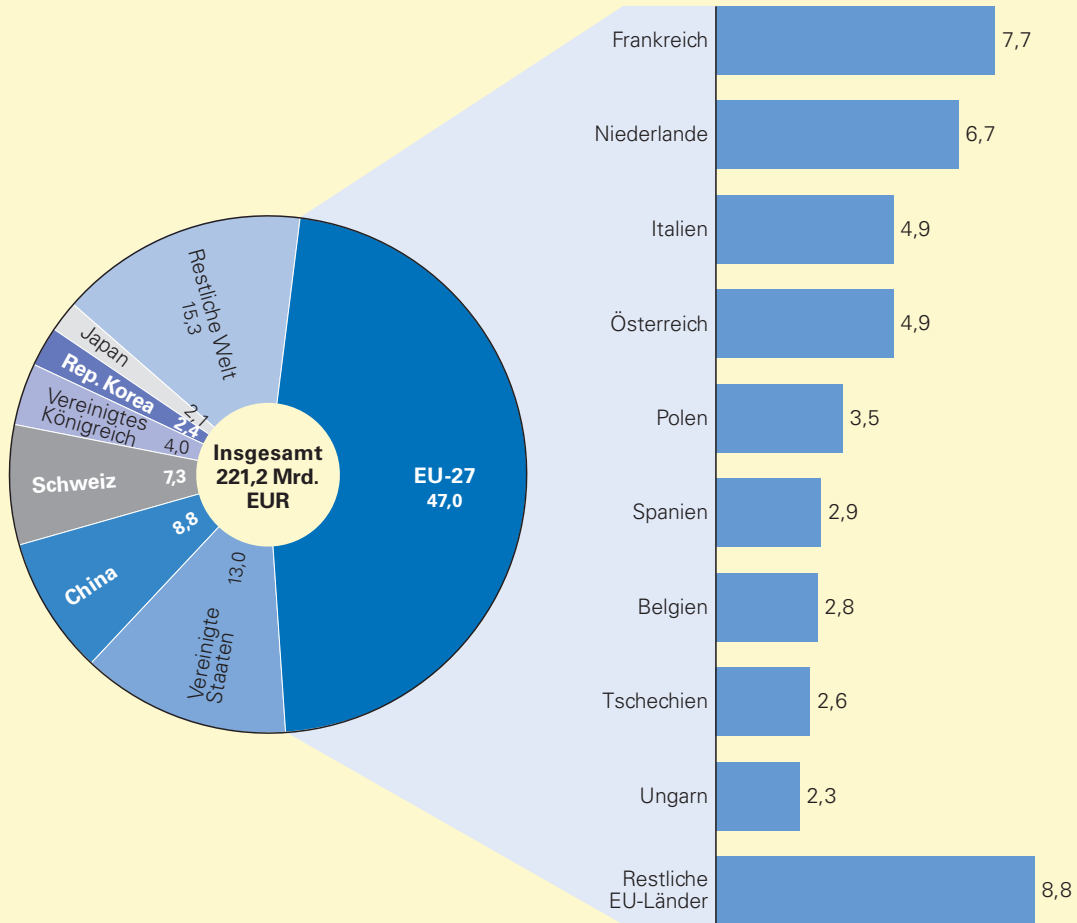
Tourismus ist in vielen Regionen in der Europäischen Union ein bedeutender Wirtschaftssektor, der erheblich zur Wirtschaftsleistung beiträgt. Betrachtet man die Übernachtungen pro 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner ist zu sehen, dass Kroatien im Jahr 2021 das mit Abstand beliebteste Reiseziel war. Hier gab es 17 400 Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben, soviel wie in keinem anderen Land in der Europäischen Union.

In Deutschland wurden 3 200 Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben pro 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner gezählt, genauso viele wie in Baden-Württemberg. Damit liegt Deutschland und der Südwesten etwas unter dem europäischen Durchschnitt mit rund 4 100 Übernachtungen. Schlusslicht ist Rumänien, das 2021 mit 1 100 Übernachtungsgästen pro 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner am wenigsten Touristinnen und Touristen in der Europäischen Union anzog.

Im Vergleich zum Vorjahr 2020 übernachteten in zyprischen Beherbergungsbetrieben etwa dreimal mehr Gäste als im Jahr 2021 und in Griechenland verdoppelte sich die Anzahl der Übernachtungen. In keinem Land der Europäischen Union wurde jedoch die Anzahl der Übernachtungen im Vergleich zum Vor-Corona-Jahr 2019 bisher wieder erreicht.

# Exporte Baden-Württembergs

Anteile in % nach Bestimmungsländern



Daten: 2021, vorläufige Werte. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen möglich.  
 Datenquelle: Statistisches Bundesamt.



## Südwest-Exporte über Vor-Corona-Niveau

Nachdem die Corona-Pandemie im Jahr 2020 tiefgreifende Spuren bei den Südwest-Exporten hinterließ, konnten diese 2021 das Niveau vor der Corona-Krise deutlich übertreffen. Die Ausfuhren stiegen 2021 im Vergleich zum Vorjahr um 16,7 % auf den Rekordwert von 221,2 Mrd. Euro. Sie lagen damit 8 % über dem Vorkrisenniveau von 2019. Bundesweit erhöhten sich die Exporte gegenüber 2020 um 14 % auf 1 375,6 Mrd. Euro.

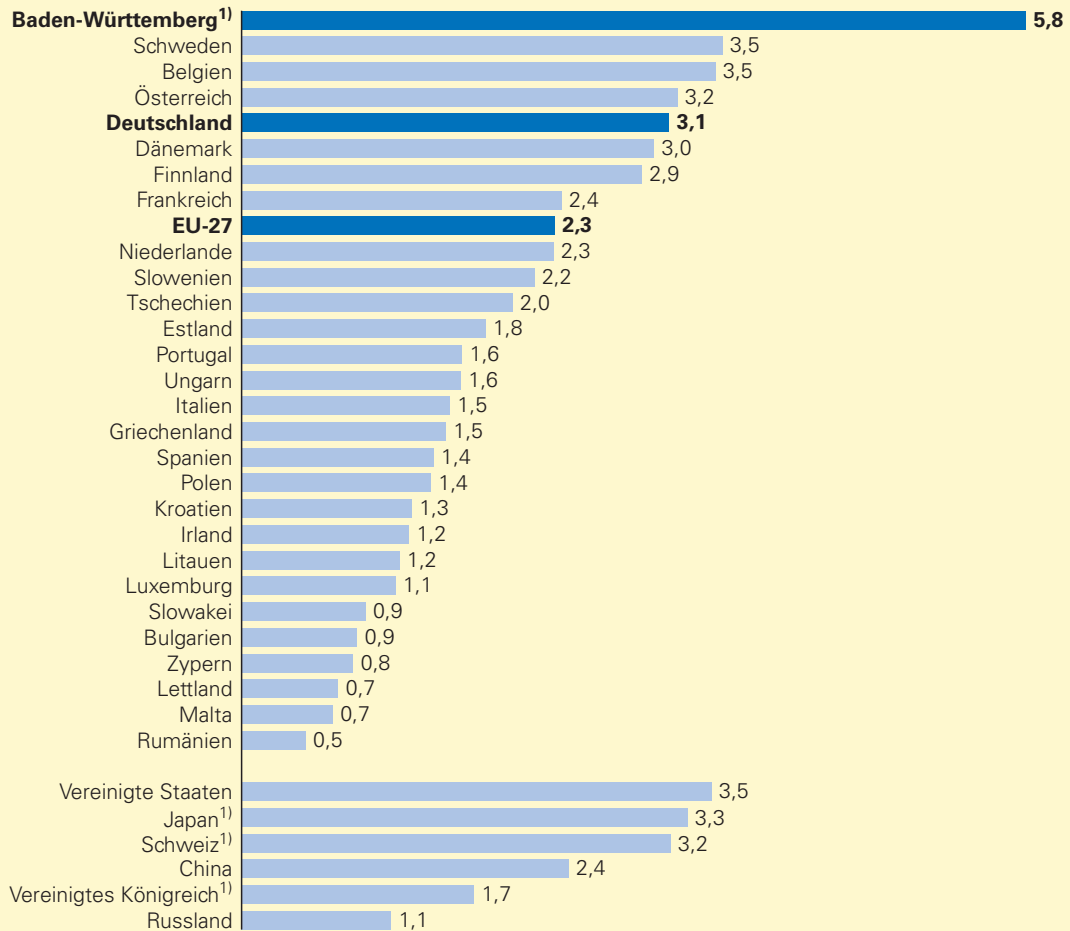
Bei allen wichtigen Handelspartnern Baden-Württembergs war 2021 eine positive Exportentwicklung gegenüber dem Vorjahr zu beobachten. Die Ausfuhren in die Vereinigten Staaten, dem wichtigsten Abnehmerland, stiegen um 25 % auf 28,8 Mrd. Euro. China und Frankreich, auf Platz 2 und 3, verzeichneten einen Zuwachs von 15,1 % bzw. 22,6 %. Gegenüber dem Vorkrisenjahr 2019 stiegen die

Exporte in fast alle wichtigen Zielländer des Südwestens an. Lediglich die Exportgeschäfte mit dem Vereinigten Königreich erlitten Einbußen und lagen um 16 % niedriger.

Das höchste Exportvolumen verzeichnete der Südwesten 2021 erneut mit Kraftwagen und Kraftwagenteilen im Wert von 48,8 Mrd. Euro, 21,1 % mehr als im Vorjahr. Die Ausfuhren der ebenfalls exportstarken Gütergruppen Maschinen und pharmazeutische Erzeugnisse stiegen um 14,6 % bzw. 18,8 %. Verglichen mit dem Niveau des Vorkrisenjahres 2019 konnte vor allem die Pharmabranche mit einem Zuwachs von 23,1 % von der Pandemie profitieren. Auch die Kfz- und Maschinen-Hersteller übertrafen nach den starken Export-Verlusten im Jahr 2020 das Vor-Corona-Niveau um 5,5 % und 2,5 %.

## FuE-Intensität

FuE-Ausgaben bezogen auf das nominale Bruttoinlandsprodukt in %



Daten: 2020. – 1) 2019.

Datenquellen: Eurostat Stand Ende Mai 2022, MSTI vom März 2022, Statistisches Bundesamt.

## Spitzenplatz bei Forschung und Entwicklung

Baden-Württemberg ist eine der führenden Forschungsregionen in Europa. Mit seinen sehr gut ausgebauten Forschungs- und Entwicklungskapazitäten leistet der Südwesten mehr als ein Viertel der gesamtdeutschen Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE). Hierzulande werden 5,8 % des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung investiert. Der Südwesten belegt mit dieser hohen Kennzahl im EU-weiten Vergleich Platz 1 und im internationalen Vergleich einen Platz im Spitzenfeld.

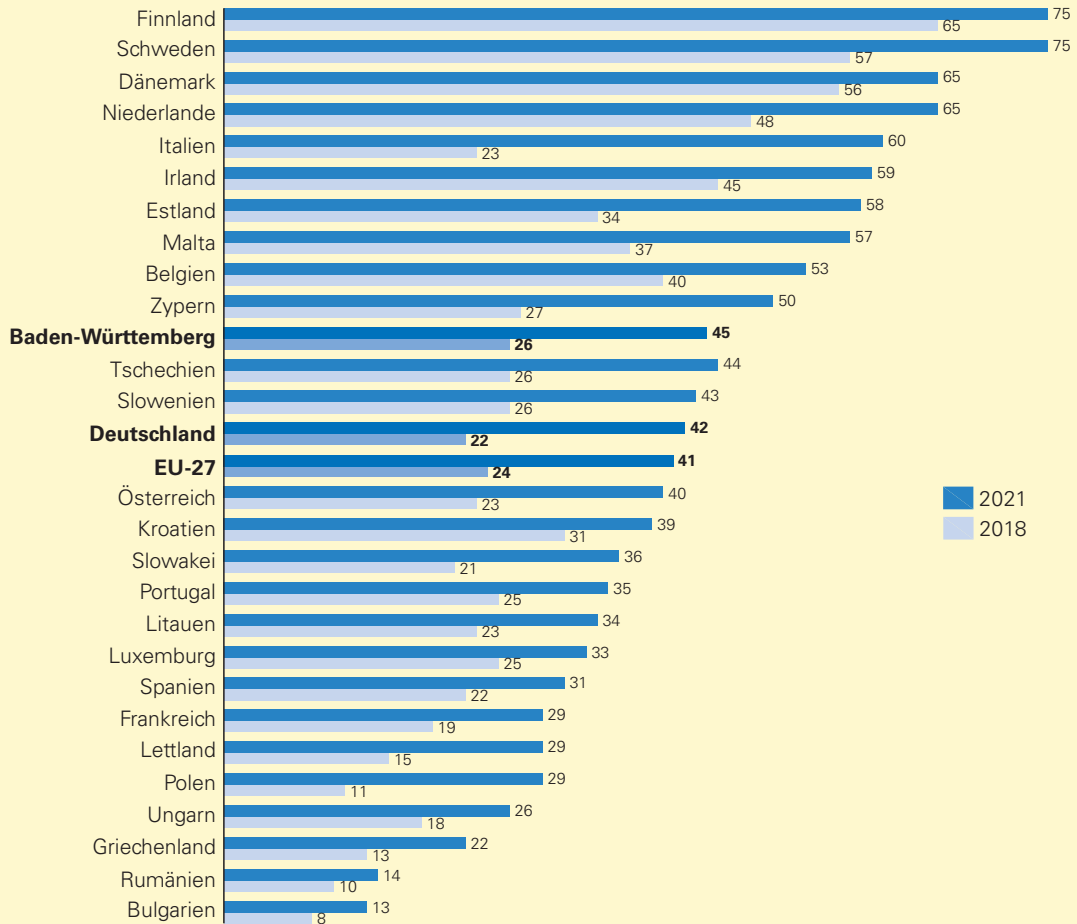
Investitionen in Forschung und Entwicklung sind für eine Volkswirtschaft von hoher Bedeutung. Forschung und Entwicklung bilden die Ausgangsbasis für neue oder verbesserte Produkte, Dienstleistungen und Produktionsprozesse. Die wichtigste Kennzahl zur Beurteilung der FuE-Aktivitäten eines Landes ist die FuE-Intensität. Zur Berechnung dieser

Kennzahl werden die FuE-Ausgaben einer Region auf das nominale Bruttoinlandsprodukt der betrachteten Region bezogen.

Im Vergleich der 27 EU-Mitgliedstaaten belegten Schweden und Belgien 2020 mit einer FuE-Intensität von 3,5 % gemeinsam den 1. Platz. Auf dem 3. bis 5. Platz folgten Österreich, mit einer FuE-Intensität von 3,2 %, Deutschland (3,1 %) und Dänemark (3,0 %). Finnland lag mit 2,9 % knapp unter der für 2020 angestrebten Zielmarke von 3 %. Damit hatten 2020 nur fünf der 27 EU-Länder das EU-2020 Ziel erreicht. Betrachtet man die Entwicklung dieser Kennzahl in den führenden Forschungsländern der EU, so zeigte sich in Belgien im Zeitraum 2010 bis 2020 eine enorme Steigerung dieser Kenngröße (+ 1,4 Prozentpunkte) hingegen in Finnland ist die Kennzahl beachtlich zurückgegangen (- 0,8 Prozentpunkte).

## Unternehmen mit Nutzung von Cloud-Computing-Diensten

Anteil an allen Unternehmen<sup>1)</sup> mit mindestens 10 Beschäftigten in %



1) Ohne Finanzsektor.

Datenquellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt.

# Cloud-Computing-Dienste werden zunehmend in den Unternehmen eingesetzt

Zur Gestaltung der digitalen Zukunft Europas gründete die Europäische Kommission im Jahr 2021 eine Allianz für industrielle Daten, Edge und Cloud. In dieser Allianz kommen Unternehmen, Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedstaaten und Sachverständige zusammen mit dem Ziel, führend im digitalen Wandel zu sein. Die Cloud-Computing-Dienste verlagern Soft- oder Hardware an einen externen Anbieter im Internet.

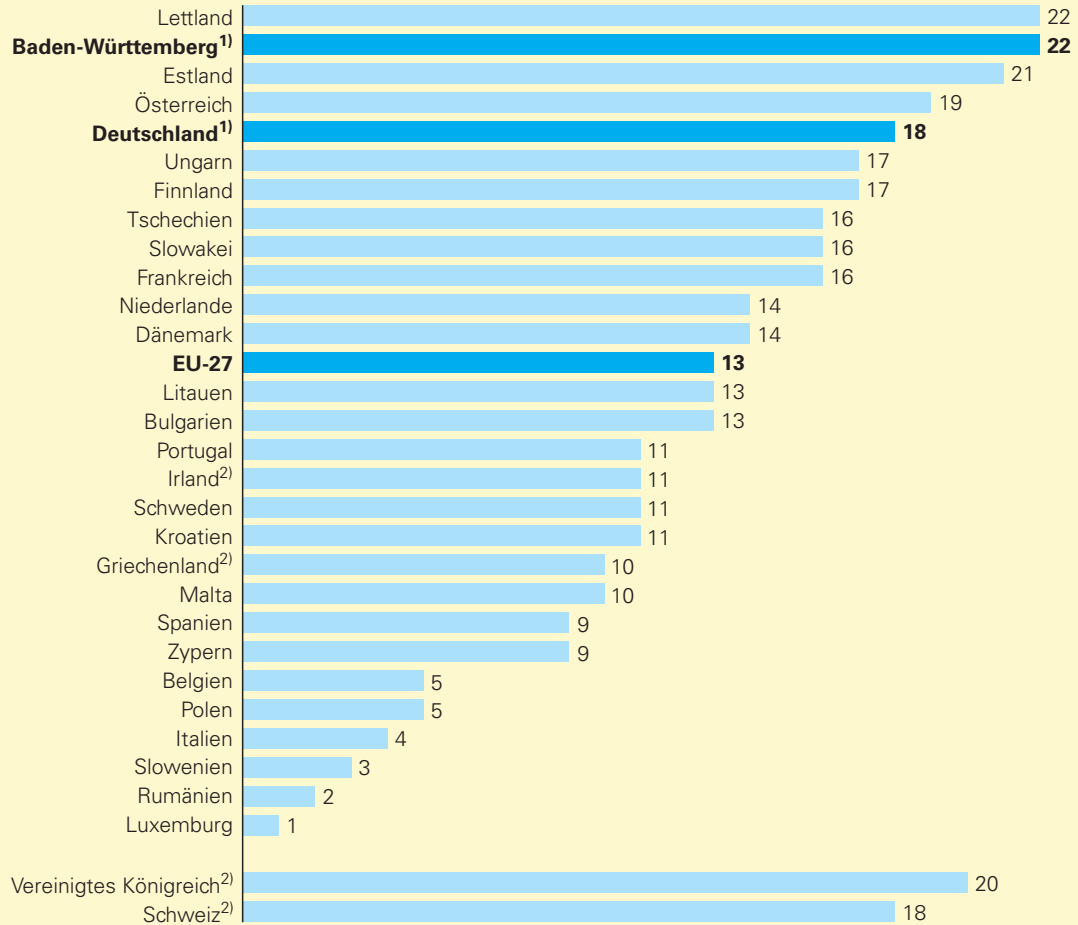
Im Jahr 2021 nutzten im europäischen Durchschnitt 41 % aller Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten Cloud-Computing-Dienste und von den mittelständischen Unternehmen mit 50 bis 250 Beschäftigten waren es sogar mehr als die Hälfte. Die höchsten Anteile der Unternehmen mit Cloud-Computing weisen die skandinavischen Länder Finnland und Schweden auf, mit

beachtlichen 75 % im Jahr 2021 sowie Dänemark und die Niederlande mit 65 % der Unternehmen.

In Deutschland hat sich der Anteil der Unternehmen mit mehr als zehn Beschäftigten, die Cloud-Computing-Dienste nutzten, von 22 % im Jahr 2018 auf 42 % im Jahr 2021 fast verdoppelt und im Vergleich zum Jahr 2014 sogar vervierfacht. In Baden-Württemberg liegen die entsprechenden Anteile etwas höher mit 45 % für das Jahr 2021 sowie 26 % und 14 % für 2018 bzw. 2014. Mit Blick auf die Wirtschaftsbereiche ist zu erkennen, dass 80 % der kleinen und mittelständischen Unternehmen im Bereich Information und Kommunikation Cloud-Computing-Dienste verwendeten und knapp 90 % der Großunternehmen in dieser Branche. Unternehmen in der Baubranche, im Gastgewerbe und im Verkehr/Logistik nutzten diese IT-Dienste insgesamt weniger.

## Unbereinigter Gender Pay Gap

Verdienstunterschiede von Frauen und Männern in %



Daten: 2020. – 1) 2021. – 2) 2018.

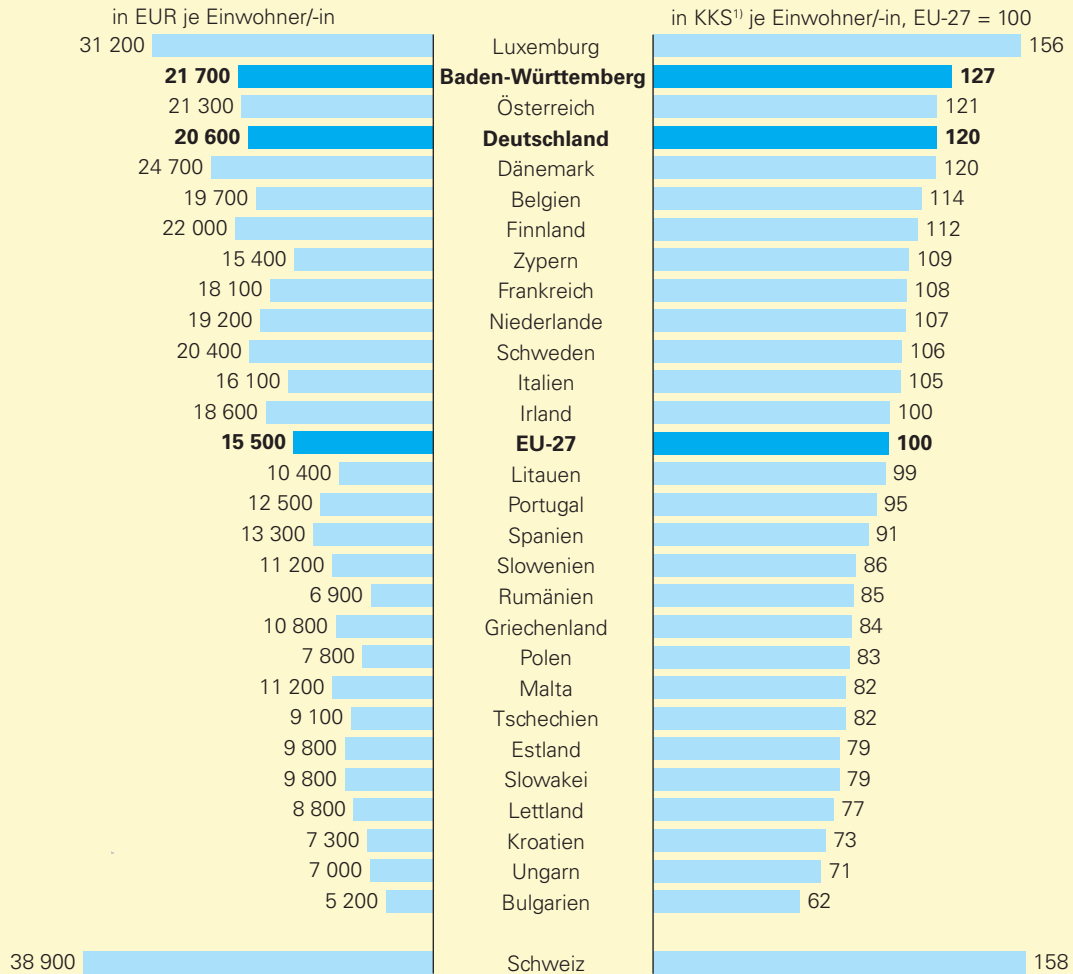
Datenquellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt.

## Großes Verdienstgefälle zwischen Frauen und Männern in Baden-Württemberg

Nach wie vor besteht europaweit ein beträchtlicher Unterschied im Verdienstniveau zwischen Frauen und Männern. 2021 verdiente eine Frau in Deutschland durchschnittlich 19,12 Euro pro Stunde. Der Brutostundenverdienst von männlichen Erwerbstätigen betrug durchschnittlich 23,20 Euro. Rechnerisch ergab sich daraus ein geschlechtsspezifischer Verdienstunterschied – der unbereinigte Gender Pay Gap – von 18 %. In Baden-Württemberg war der Verdienstunterschied aufgrund der hierzulande stark industriegeprägten Wirtschaftsstruktur mit dem dortigen relativ hohen Verdienstniveau der männerdominierten Arbeitsplätze noch größer. Mit 22 % bildete der Südwesten 2021 zusammen mit Bremen das Schlusslicht mit dem höchsten Gender-Pay-Gap bundesweit. In Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen verdienten Männer im Durchschnitt dagegen nur 5 % mehr pro Stunde als Frauen.

Für die Mitgliedstaaten der EU liegen Ergebnisse erst für das Jahr 2020 vor. Das Verdienstgefälle variiert stark zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten der EU, doch bislang konnte in keinem Staat die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern vollständig geschlossen werden. Der Verdienstabstand in Baden-Württemberg war 2020 mit 23 % auch im EU-Vergleich am höchsten. Deutschland reihte sich mit 18 % auf Platz 4 der EU-Länder mit dem höchsten unbereinigten Gender Pay Gap ein. Lettland wies 2020 den größten Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern unter den 27 EU-Ländern auf. Dort verdienten männliche Beschäftigte durchschnittlich 22 % mehr pro Stunde als weibliche. Einen nahezu gleichen Bruttostundenverdienst erhalten Frauen und Männer in Luxemburg, indem Frauen dort durchschnittlich nur 0,7 % weniger verdienen als Männer.

## Private Konsumausgaben



Daten: 2020. – 1) Kaufkraftstandards (künstliche Währung, die internationale Preisunterschiede eliminiert).  
 Datenquellen: Eurostat, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, eigene Berechnung.



## Private Konsumausgaben im Südwesten kaufkraftbereinigt deutlich über dem EU-Durchschnitt

Die baden-württembergischen Haushalte konsumierten im Jahr 2020 je Einwohnerin bzw. Einwohner Waren und Dienstleistungen im Wert von 21 700 Euro. Im Vergleich zum Vorjahr gingen die privaten Konsumausgaben pro Kopf im Corona-Jahr 2020 um 6,2 % in jeweiligen Preisen und um 7 % preisbereinigt zurück. Im Bundesländervergleich gaben nur die Menschen in Bayern (22 000 Euro) und Hamburg (21 900 Euro) mehr für den Konsum aus.

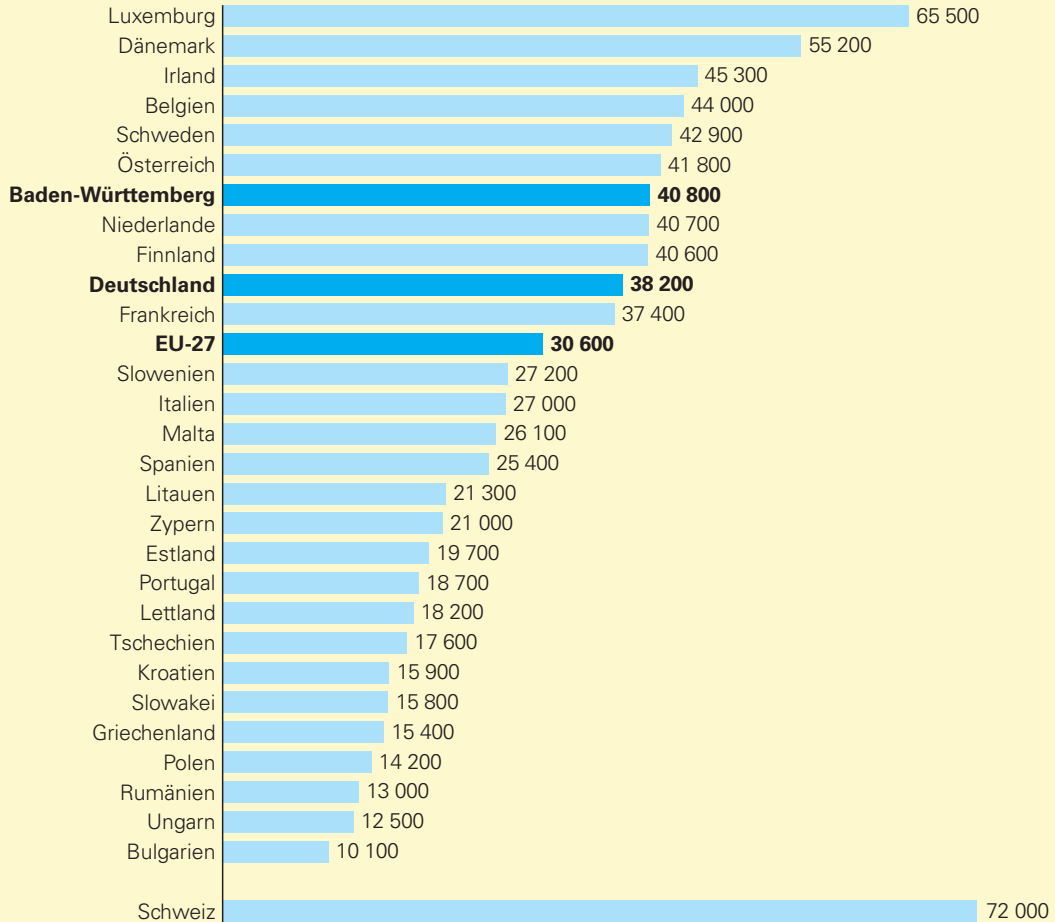
EU-weit wurden 2020 im Durchschnitt rund 15 500 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner für den privaten Konsum verwendet. Kaufkraftbereinigt lagen die Pro-Kopf-Konsumausgaben der baden-württembergischen Haushalte 27 % über dem EU-27-Wert. Lediglich in Luxemburg waren die kaufkraftbereinigten Ausgaben mit 56 % über dem

EU-Durchschnitt höher als in Baden-Württemberg. Am niedrigsten war der private Pro-Kopf-Konsum in Bulgarien.

26 % ihrer Konsumausgaben gaben die Haushalte innerhalb der EU-27 im Jahr 2020, wie auch in Deutschland, für „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“ aus. Am meisten wurde in Finnland und der Slowakei (jeweils 31 %) für Wohn- und Wohnnebenkosten aufgewendet, am wenigsten in Litauen (16 %) und Malta (17 %). Auf Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke entfielen im EU-Durchschnitt 15 % der privaten Konsumausgaben. Hier war der Anteil mit 26 % in Rumänien am höchsten, in Irland (9 %) und Luxemburg (10 %) hingegen am geringsten. Auch in Deutschland lagen die Ausgaben für diesen Bereich mit einem Anteil von 12 % unterhalb des EU-Durchschnitts.

## Bruttolöhne und -gehälter

in EUR je Arbeitnehmer/-in



Daten: 2021.

Datenquellen: Eurostat, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

## Löhne und Gehälter – große Unterschiede in der EU

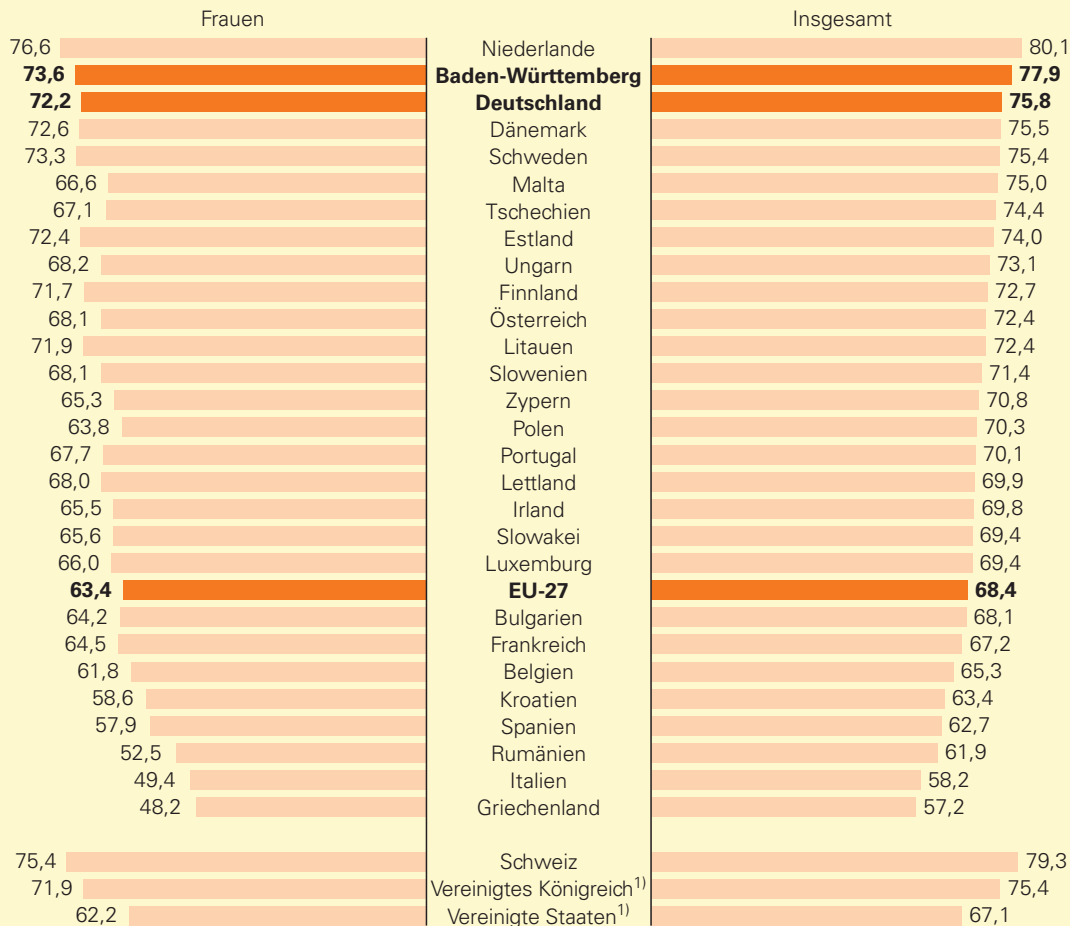
Die in Baden-Württemberg beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdienten im Jahr 2021 im Durchschnitt gut 40 800 Euro. Im Bundesländervergleich die höchsten Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer wurden in Hamburg (45 400 Euro) gezahlt. Ebenfalls höher als in Baden-Württemberg war das Verdienstniveau 2021 in Hessen (42 400 Euro) und Berlin (41 100 Euro).

Im europäischen Vergleich nahm der Südwesten beim gesamtwirtschaftlichen Lohnranking Platz 7 ein. Die Spannweite der Pro-Kopf-Bruttolöhne und -gehälter reichte in der EU-27 im Jahr 2021 von lediglich 10 100 Euro in Bulgarien bis zu über 65 000 Euro in Luxemburg. Unterschiede bestehen allerdings auch in den Lebenshaltungskosten der einzelnen Länder.

Neben Merkmalen der Beschäftigten wie Ausbildung, Art der Tätigkeit und Alter spielt auch die Branche für die Höhe des Verdienstniveaus eine Rolle. Im Produzierenden Gewerbe lagen die Pro-Kopf-Bruttolöhne und -gehälter in Baden-Württemberg 2021 bei knapp 51 300 Euro und damit im EU-27 Vergleich am zweithöchsten. Nur die in Dänemark in diesem Wirtschaftsbereich beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdienten mit über 66 000 Euro mehr als im Südwesten und mehr als doppelt so viel als im EU-27 Durchschnitt (32 200 Euro). Im Dienstleistungssektor stand Luxemburg, wie auch gesamtwirtschaftlich, an der Spitze. Hier beliefen sich die Löhne und Gehälter auf 69 600 Euro. In Baden-Württemberg wurden in den Dienstleistungsbereichen 2021 im Durchschnitt 36 200 Euro gezahlt, was Platz 10 im EU-Ranking (EU-27: 30 400 Euro) entspricht.

## Erwerbstätigenquote

Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an der Bevölkerung dieser Altersgruppe in %



Daten: 2021. – 1) 2020.

Datenquelle: Eurostat; OECD.

# Erwerbsbeteiligung in Baden-Württemberg erholt sich leicht

Im Jahr 2021 waren über 5,6 Mill. Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger im Alter von 15 bis unter 65 Jahren erwerbstätig. Das entspricht einer Erwerbstätigenquote von 77,9 %. Nach einem starken Rückgang im Jahr 2020 in Folge der Corona-Maßnahmen, konnte sich im Jahr 2021 der Anteil der Erwerbstätigen wieder leicht erhöhen und lag damit knapp über dem Niveau von 2017.

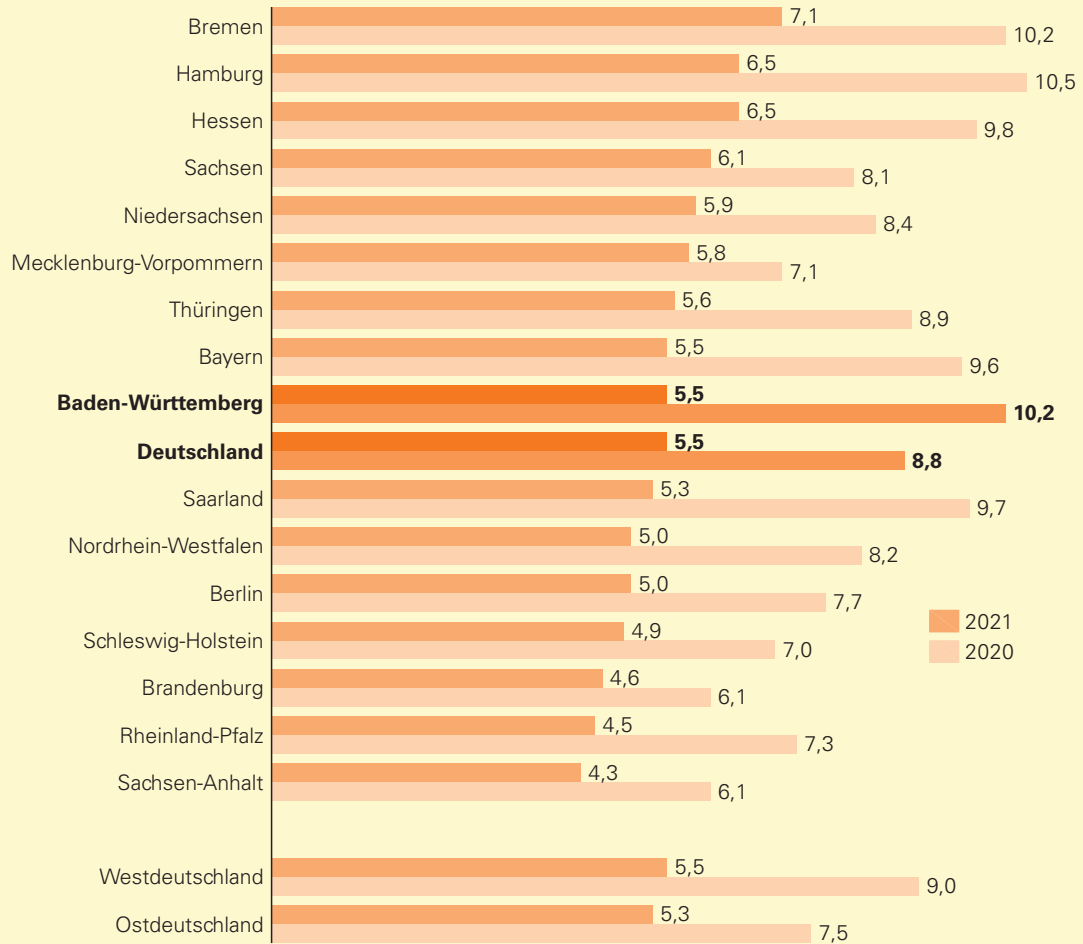
In allen Bundesländern ging der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Jahr 2020 Corona bedingt stark zurück. Die meisten Länder konnten jedoch in 2021 wieder einen leichten Anstieg verzeichnen. Bayern wies mit 79,1 % die höchste Erwerbstätigenquote auf. Deutschlandweit betrug der Anteil der Erwerbstätigen 75,8 %.

Im Durchschnitt der 27 EU-Mitgliedstaaten waren 68,4 % aller Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren erwerbstätig. Dabei konnte im EU-Vergleich lediglich die Niederlande mit einer Erwerbstätigenquote von 80,1 % eine höhere Erwerbsbeteiligung als Baden-Württemberg aufweisen. In knapp der Hälfte der EU-Länder lag dieser Wert sogar unter der 70 %- Marke, in Griechenland und Italien betragen die Erwerbstätigenquoten 57 % beziehungsweise 58 %.

Auch bei der Frauenerwerbstätigkeit lagen die Niederlande mit knapp 77 %, gefolgt von Baden-Württemberg, an erster Stelle. Die südlichen Länder Griechenland und Italien bildeten mit unter 50 % die Schlusslichter. In Baden-Württemberg gingen 73,6 % der Frauen einer Erwerbstätigkeit nach, die Quote der Männer betrug 82 %.

## Kurzarbeiterquote

Anteil der Personen in Kurzarbeit an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in %



Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen.

## Kurzarbeiterquote in allen Bundesländern rückläufig

Der Südwest-Arbeitsmarkt wurde auch im Jahr 2021 erheblich durch den Einsatz von Kurzarbeit stabilisiert, wenn auch in deutlich geringerem Ausmaß als im Vorjahr. So lag die Inanspruchnahme im Jahresdurchschnitt mit 261 800 kurzarbeitenden Personen um 45,9 % niedriger als 2020, dem ersten Corona-Jahr, doch noch immer leicht über dem Niveau der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009. Ein Drittel der Kurzarbeitenden war 2021 im Verarbeitenden Gewerbe tätig. Darüber hinaus stützte das Kurzarbeitergeld infolge der Corona-Krise besonders den Dienstleistungssektor, darunter vor allem den Handel, das Gastgewerbe und die Arbeitnehmerüberlassung.

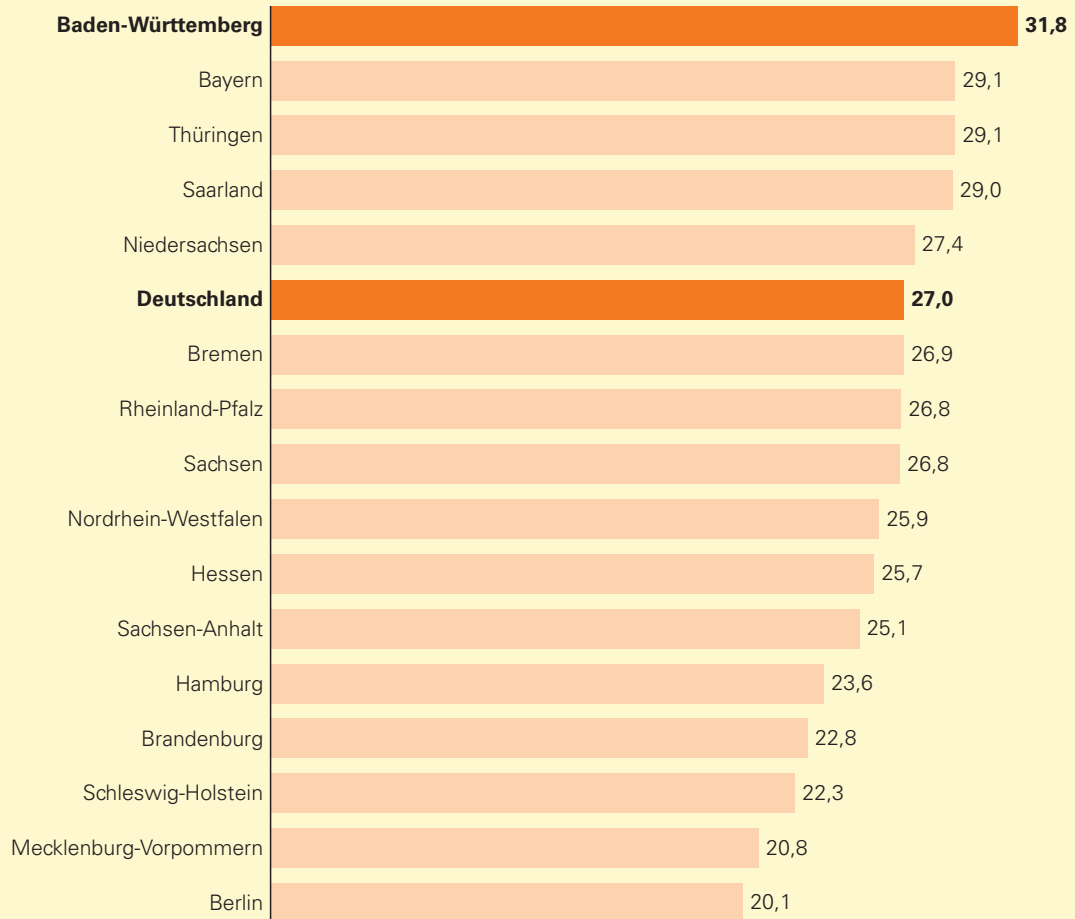
In Baden-Württemberg lag die Kurzarbeiterquote im Jahr 2021 insgesamt bei 5,5 % – im Schnitt bezog somit rund jede 20. sozialversicherungs-

pflichtig beschäftigte Person Kurzarbeitergeld. 2020, im ersten Pandemie-Jahr, lag der Wert mit 10,2 % fast doppelt so hoch. Im Bundesdurchschnitt verringerte sich der Kurzarbeiteranteil 2021 im Vergleich zum Vorjahr um 3,3 Prozentpunkte und betrug wie im Südwesten 5,5 %.

Zwar nahmen die Kurzarbeiterquoten im Jahr 2021 verglichen zu 2020 in allen Bundesländern ab, aufgrund der unterschiedlichen Branchenstrukturen jedoch ungleichmäßig stark. Mit 4,7 Prozentpunkten fiel der Rückgang in Baden-Württemberg am größten aus. Die höchste Kurzarbeiterquote des Jahres 2021 verzeichnete Bremen mit 7,1 %, gefolgt von Hamburg und Hessen (jeweils 6,5 %). In Sachsen-Anhalt wurde mit 4,3 % dagegen der niedrigste Anteil von Kurzarbeit beobachtet.

## Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in MINT\*<sup>1</sup>)-Berufen

Anteil an den Beschäftigten<sup>1</sup> insgesamt in %



Daten: 30. Juni 2021. – \*) Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik. – 1) Ohne Helfertätigkeiten.  
Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit.



## Südwesten bei MINT-Berufen bundesweit führend

Im Jahr 2021 waren in Baden-Württemberg von den 4,78 Mill. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1,28 Mill. Personen in MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) tätig. Bezogen auf alle Beschäftigten ohne Helfertätigkeiten lag der Anteil des MINT-Bereichs im Südwesten bei 31,8 %. Im bundesweiten Vergleich steht Baden-Württemberg damit an erster Stelle, gefolgt von Bayern und Thüringen mit jeweils 29,1 %. Die geringsten MINT-Anteile an der Beschäftigung wiesen Berlin mit 20,1 % und Mecklenburg-Vorpommern mit 20,8 % auf.

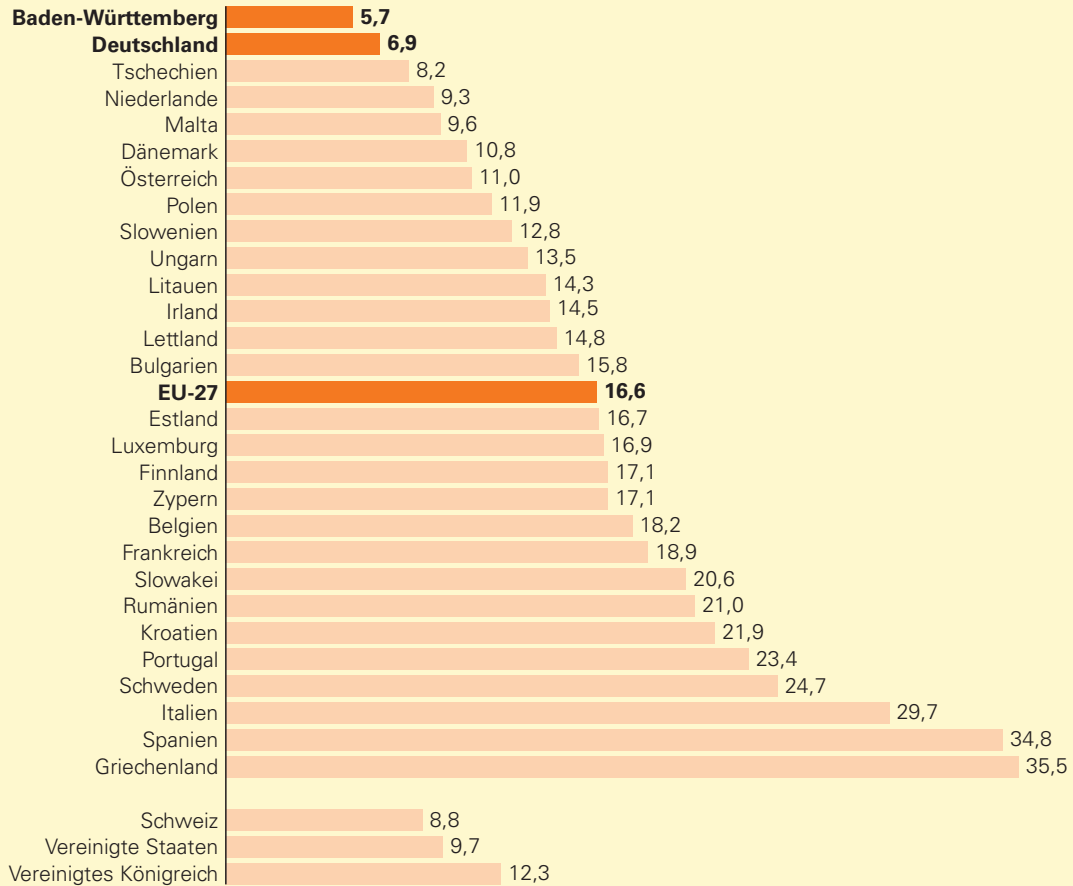
Innerhalb der MINT-Berufsgruppen belegten 2021 in Baden-Württemberg die Fachkräfte aus dem Gebiet Technik mit 81,7 % die größte Gruppe. Gut jede und jeder achte der MINT-Beschäftigten (13 %)

arbeitete im Bereich Informatik und ungefähr jeder 20. (5,3 %) hatte den Schwerpunkt im Berufsfeld Mathematik und Naturwissenschaften beispielsweise als Biologin und Biologe, Laborantin und Laborant oder mathematisch-technische Assistentin und mathematisch-technischer Assistent.

Während der Anteil der Beschäftigten in diesem Bereich in den letzten Jahren rückläufig war, erhöhten sich die Beschäftigtenzahlen dagegen in Berufen der Informatik weiter deutlich. So waren 2021 in Baden-Württemberg über 166 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Informatik und Softwareentwicklung tätig, im Jahr 2017 waren es noch fast ein Fünftel weniger. Auch der Anteil der Frauen mit Schwerpunkt Informatik stieg 2021 auf nunmehr 19 % an (2017 17 %).

## Jugenderwerbslosenquote

Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren  
an den Erwerbspersonen dieser Altersgruppe in %



Daten: 2021.

Datenquellen: Eurostat, OECD.

# Hervorragende Jobaussichten für junge Menschen in Baden-Württemberg

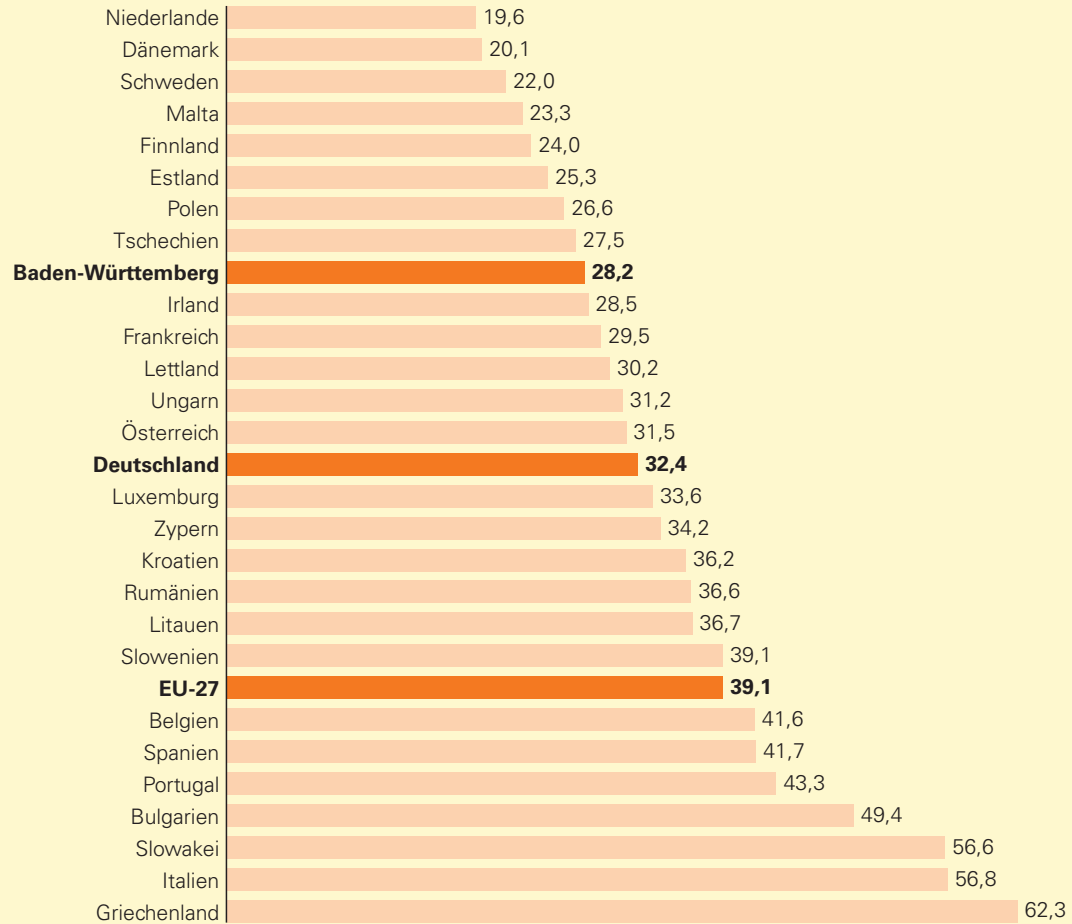
2021 waren in Baden-Württemberg insgesamt 36 200 junge Menschen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren erwerbslos, was einer Quote von 5,7 % entspricht. Damit verzeichnete der Südwesten erneut die niedrigste Jugenderwerbslosenquote im Vergleich zu den EU-Ländern und lag auch unter dem bundesweiten Durchschnitt von 6,9 %. In der Europäischen Union waren 2021 rund 3 Mill. junge Menschen erwerbslos, fast 2 % mehr als im Vorjahr. Im Durchschnitt aller EU-Länder lag die Quote mit 16,6 % dabei mehr als doppelt so hoch wie hierzulande. Nachdem die Jugenderwerbslosigkeit im ersten Corona-Jahr 2020 in 26 Mitgliedstaaten gestiegen war, sank sie im Jahr 2021 in 13 Mitgliedstaaten wieder. In 24 Staaten wurde das Vorkrisenniveau von 2019 allerdings weiterhin überschritten.

Im Jahr 2021 lag die Erwerbslosenquote der jungen Menschen in der EU nicht nur spürbar höher als in Baden-Württemberg und Deutschland, sondern betrug auch mehr als das Doppelte wie im Durchschnitt aller Altersgruppen (7,0 %). Vergleichsweise schwierig blieb der Berufseinstieg vor allem im südlichen Europa. So verzeichnete Griechenland mit 35,5 % die höchste Jugenderwerbslosenquote innerhalb der EU. In Spanien (34,8 %) und Italien (29,7 %) suchten 2021 ebenfalls viele junge Menschen vergebens Arbeit. Auch in Schweden war rund jede vierte junge Person von Erwerbslosigkeit betroffen.

Im Bundesländervergleich konnten Baden-Württemberg und Bayern mit jeweils 5,7 % die niedrigste Jugenderwerbslosenquote vorweisen.

## Langzeiterwerbslosigkeit

Anteil der Langzeiterwerbslosen an den Erwerbslosen insgesamt in %



Daten: 2021.  
Datenquelle: Eurostat.

## Corona-Krise verfestigt Langzeiterwerbslosigkeit

Als langzeiterwerbslos gelten Personen, deren Erwerbslosigkeit seit mindestens 12 Monaten ununterbrochen andauert. Die spezielle Problematik der Langzeiterwerbslosigkeit besteht darin, dass diese bereits an sich ein Vermittlungshemmnis darstellt und die Wahrscheinlichkeit, eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu erhalten, mit zunehmender Dauer der Erwerbslosigkeit sinkt. Durch die Corona-Einschränkungen war es schwieriger, Betroffene durch Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik möglichst gut zu qualifizieren und erfolgreich in eine Beschäftigung zu vermitteln.

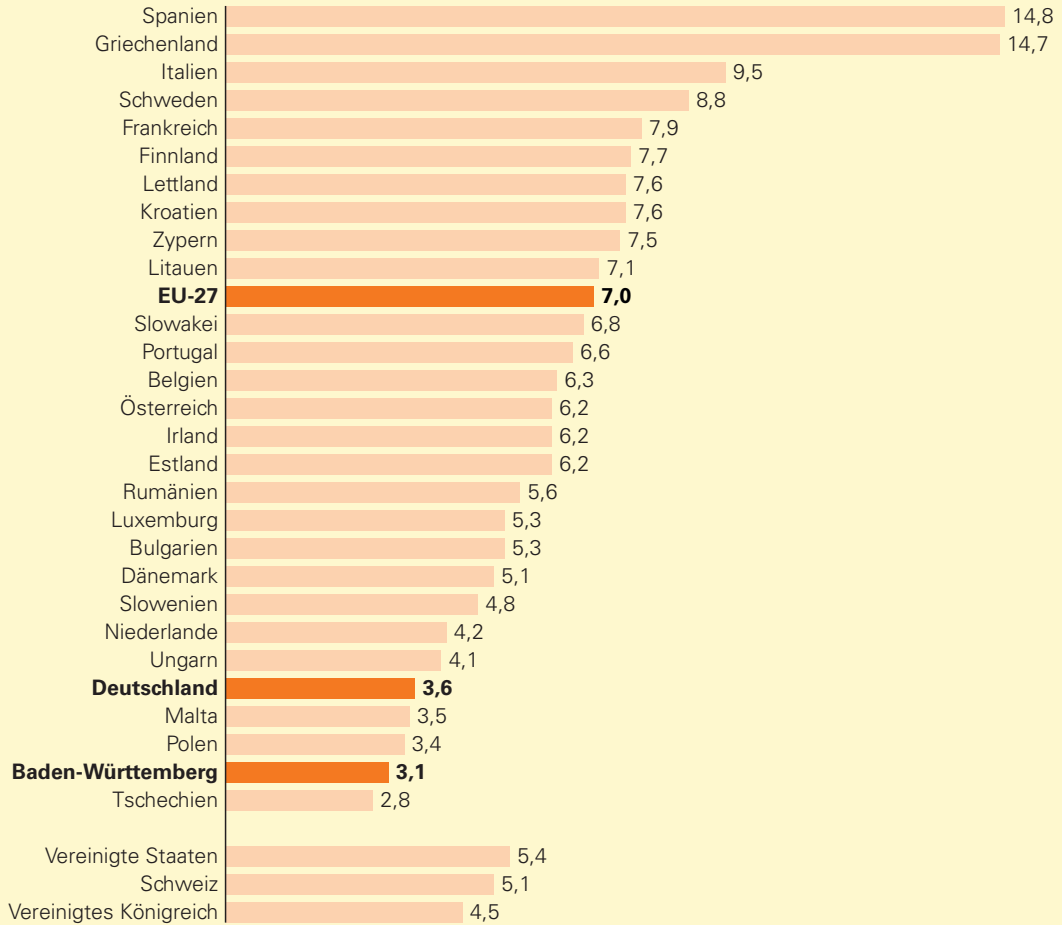
Im Jahr 2021 stieg die Zahl der Langzeiterwerbslosen in der EU zum Vorjahr auf insgesamt 5,9 Mill. an. Rückgänge gab es laut EU-Arbeitskräfteerhebung lediglich in den Mitgliedsstaaten Malta, Frankreich, Griechenland, Slowenien, Niederlande

und Lettland. In Baden-Württemberg waren rund 51 900 Personen langzeiterwerbslos. Dies entsprach einem vergleichsweise niedrigen Anteil von 28,2 % an den Erwerbslosen insgesamt. Im EU-Vergleich belegte der Südwesten damit den 9. Platz, weit unterhalb des EU-Durchschnitts von 39,1 %. Auch bundesweit lag der Anteil der Langzeiterwerbslosigkeit mit 32,4 % unter dem EU-Wert, allerdings über 4 Prozentpunkte höher als in Baden-Württemberg. Dort wurde unter allen Bundesländern der geringste Langzeiterwerbslosenanteil beobachtet.

In Griechenland waren 2021 mit dem EU-Höchstwert von 62,3 % fast zwei Drittel der Erwerbslosen seit einem Jahr oder länger ohne Arbeit. Die Niederlande und Dänemark waren mit einem Anteil von jeweils rund 20 % am geringsten von Langzeiterwerbslosigkeit betroffen.

## Erwerbslosenquote

Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 75 Jahren an den Erwerbspersonen dieser Altersgruppe in %



Daten: 2021.

Datenquellen: Eurostat; OECD (Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich).

# Erwerbslosigkeit in Baden-Württemberg in 2021 weiterhin über Vor-Corona-Niveau

Da Arbeit den Menschen als Einkommensquelle dient, aber auch persönliche Erfüllung und soziale Anerkennung bieten kann, ist Erwerbslosigkeit nach wie vor ein dringliches gesellschaftliches Problem. Die Erwerbslosenzahlen im europäischen Vergleich beruhen auf Ergebnissen der EU-Arbeitskräfteerhebung und sind mit den Angaben der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg nur eingeschränkt vergleichbar.

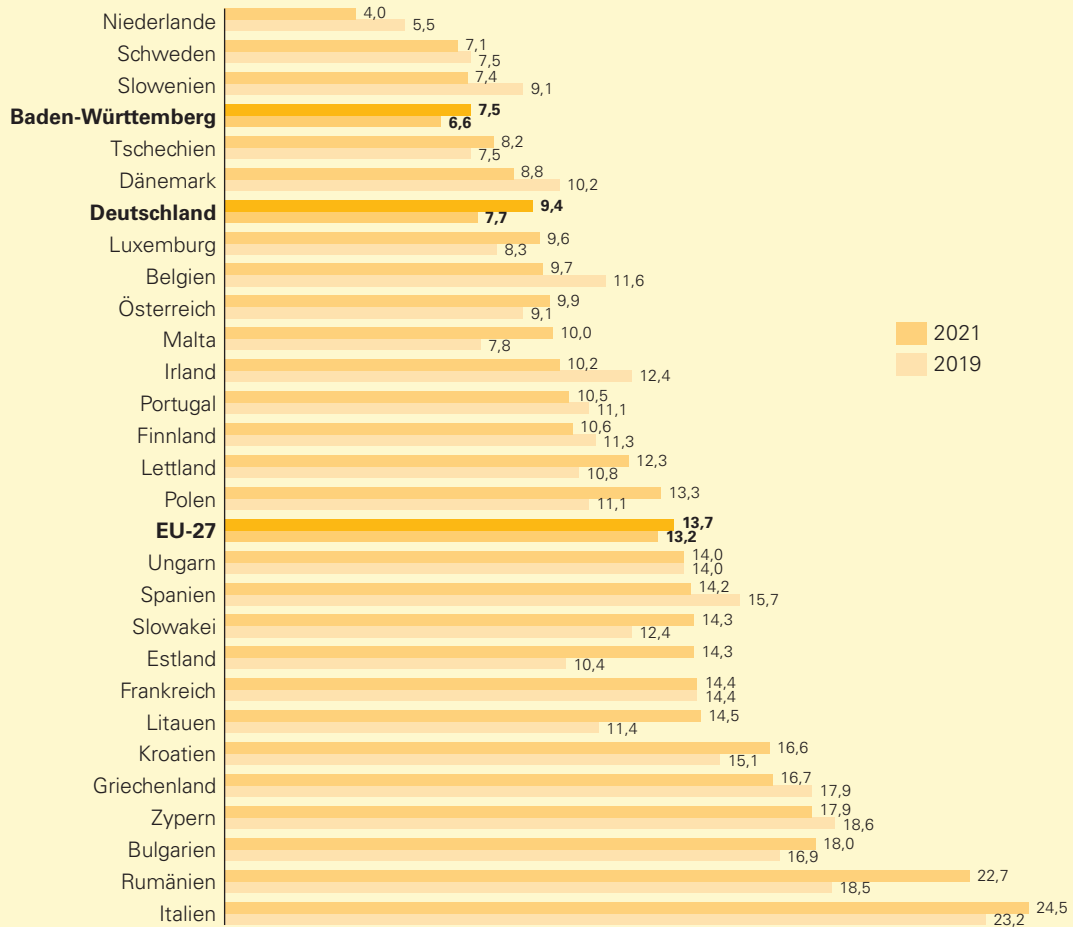
2021 waren 184 000 Personen im Alter von 15 bis unter 75 Jahren in Baden-Württemberg erwerbslos, immer noch ein Plus von 39 000 bzw. 27,2 % gegenüber dem Vor-Corona-Niveau von 2019. Folglich fiel auch die Erwerbslosenquote, das heißt der Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen insgesamt, mit 3,1 % im Südwesten um 0,7 Prozentpunkte höher aus als 2019.

Dennoch war Tschechien mit 2,8 % der einzige der 27 EU-Staaten, der im Jahr 2021 einen geringeren Anteil als Baden-Württemberg verzeichnete. EU-weit waren fast 15 Mill. Menschen ohne Arbeit, 67 000 bzw. 0,4 % weniger als im Vorjahr. Dies entsprach einer Erwerbslosenquote von 7,0 % (Deutschland: 3,6 %). In der EU reichte die Spannweite von 2,8 % in Tschechien bis 14,8 % in Griechenland.

Bayern war mit 2,7 %, gefolgt von Baden-Württemberg, das Bundesland mit der niedrigsten Erwerbslosenquote. Bundesweit lag diese in den Stadtstaaten Bremen und Berlin am höchsten (6,9 % bzw. 5,7 %), unter allen Flächenländern in Sachsen-Anhalt (4,4 %).

# NEET-Rate

Anteil an der altersgleichen Bevölkerung in %



Daten: 2021.  
Datenquelle: Eurostat.



## NEET-Rate: Indikator für den Start ins Berufsleben

Die Abkürzung NEET steht für „Neither in Education nor Employment or Training“ und beschreibt den Anteil junger Erwachsener, die weder in Aus- und Weiterbildung noch erwerbstätig sind, an der altersgleichen Bevölkerung.

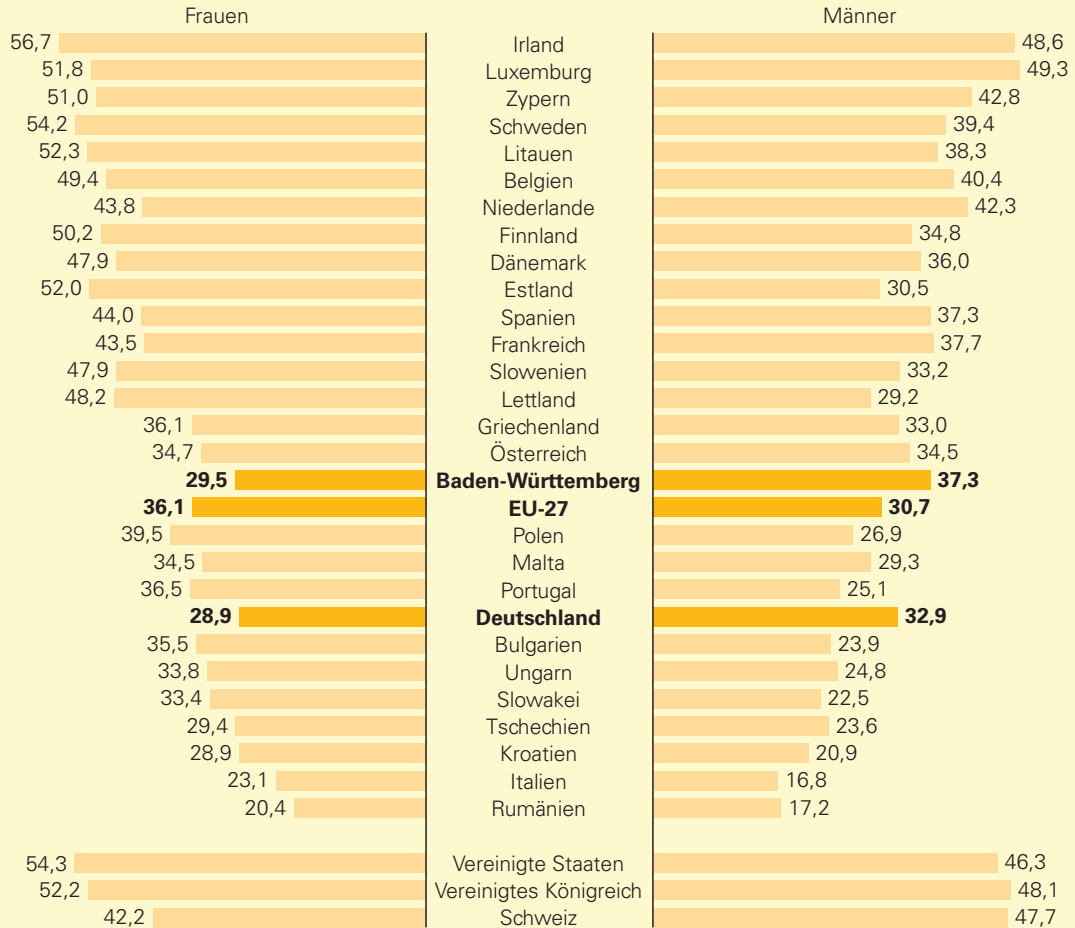
Mit 7,5 % lag die NEET-Rate in Baden-Württemberg bei den 18- bis unter 25-Jährigen im Jahr 2021 knapp 2 Prozentpunkte unter dem bundesweiten Durchschnitt von 9,4 % und damit auch weit unter dem EU-Durchschnitt von 13,7 %. Im Vergleich mit den Mitgliedstaaten, belegte der Südwesten damit den 4. Platz. Bessere Chancen für einen guten Einstieg ins Erwerbsleben hatten junge Menschen in den Niederlanden, wo die NEET-Rate lediglich 4 % betrug, gefolgt von Schweden (7,1 %) und Slowenien (7,4 %). Mit 24,5 % und 22,7 % waren die Aussichten auf einen guten Start ins Berufsleben innerhalb der

EU in Italien und Rumänien am schlechtesten. Auch in Bulgarien, Zypern, Griechenland und Kroatien lagen die NEET-Raten 2021 zwischen 18 % und 16 %.

Nachdem die NEET-Anteile im Corona-Jahr 2020 in 24 Mitgliedstaaten angestiegen waren, konnten im Jahr 2021 bereits 17 Länder wieder einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr vorweisen. Allerdings lagen die NEET-Raten 2021 in 14 EU-Ländern immer noch über dem Vor-Corona-Niveau von 2019. In Irland, Belgien und Slowenien gingen die NEET-Raten 2021 gegenüber 2019 um jeweils rund 2 Prozentpunkte zurück. Auch in den Niederlanden und Spanien verbesserten sich die Berufsaussichten mit einem Rückgang von jeweils 1,5 Prozentpunkten. In Rumänien, Estland und Litauen dagegen verschlechterte sich der Indikator gegenüber 2019 deutlich um rund 3 bis zu über 4 Prozentpunkte.

# Hochqualifizierte

Bevölkerung im Alter von 25 bis unter 65 Jahren mit einem Hochschulabschluss in %



Daten: 2021.  
Datenquelle: Eurostat.

## Mehr hochqualifizierte Frauen als Männer

Ein hohes Bildungsniveau in der Bevölkerung gilt als Schlüsselfaktor für wirtschaftliches Wachstum, Fortschritt und Innovation. Im Hinblick auf die fortschreitende Globalisierung und Digitalisierung der Arbeitswelt ist es wichtig, einen künftig zunehmenden Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften in der Gesellschaft zu sichern.

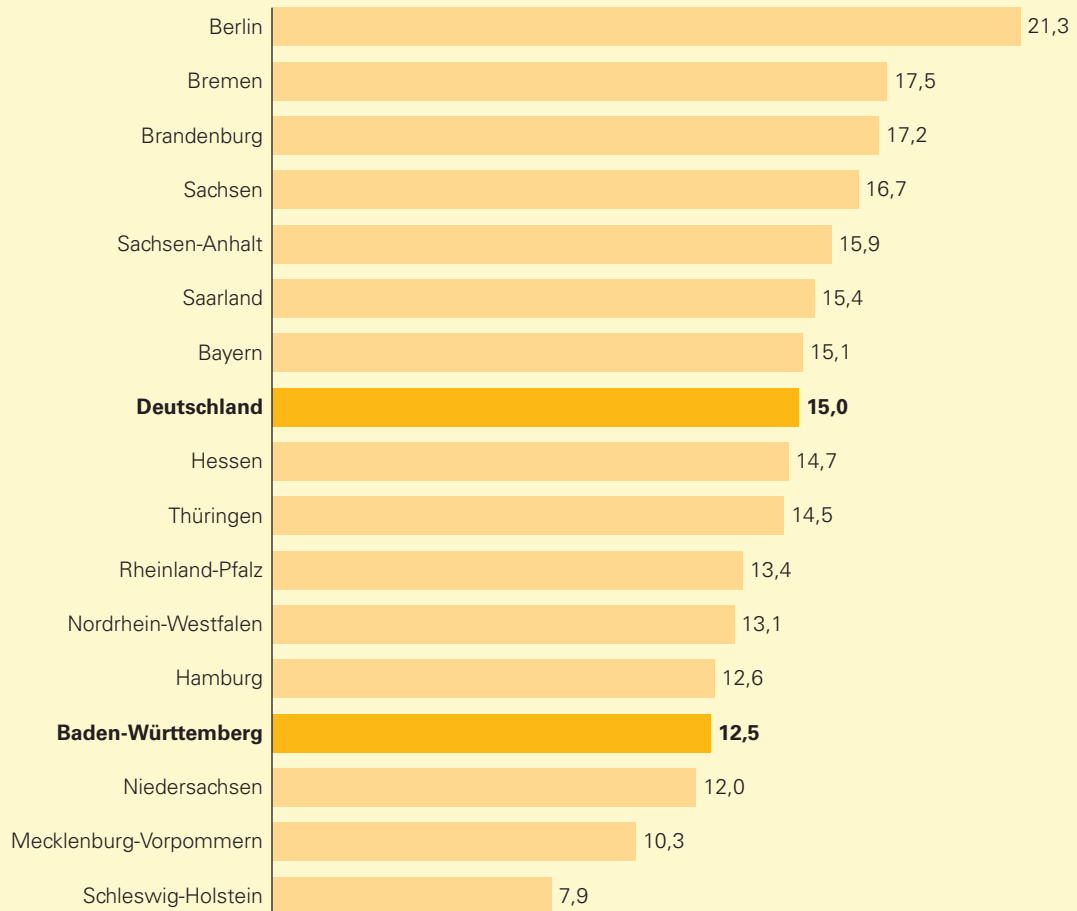
Der Anteil der Menschen mit tertiärem Bildungsabschluss ist in der Europäischen Union in allen Mitgliedsstaaten insgesamt deutlich gestiegen. Hatte 2011 EU-weit gut ein Viertel der Bevölkerung im Alter von 25 bis unter 65 Jahren einen hohen Bildungsabschluss, vergrößerte sich der Anteil bis 2021 bereits auf ein Drittel (33,4 %). Baden-Württemberg lag dabei im Jahr 2021 mit einer Quote von 33,5 % nur geringfügig über dem Durchschnitt der EU. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die

nicht als hochqualifiziert geltende berufliche (duale) Ausbildung in Deutschland eine wichtigere Rolle spielt als in vielen anderen EU-Staaten. Den EU-weit höchsten Anteil an Hochqualifizierten erreichte im Jahr 2021 Irland mit 52,7 %, gefolgt von Luxemburg mit 50,5 %. Die Schlusslichter bildeten Rumänien und Italien mit Anteilen von 18,8 % und 20,0 %.

Mit Ausnahme von Deutschland hatten in allen Mitgliedsstaaten mehr Frauen ein hohes Bildungsniveau vorzuweisen als Männer. Im Durchschnitt der EU lag der Anteil der hochqualifizierten Frauen 2021 um 5,4 Prozentpunkte über dem der männlichen Bevölkerung. Dagegen übertraf in Deutschland die Quote der hochqualifizierten Männer die der Frauen um 4, in Baden-Württemberg sogar um fast 8 Prozentpunkte.

## Bildungsausländerinnen und -ausländer

Anteil an allen Studierenden in %



Daten: Wintersemester 2020/21.

Datenquellen: Statistisches Bundesamt, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.

## Steigende Anzahl ausländischer Studierender an baden-württembergischen Hochschulen

Im Wintersemester 2020/21 studierten 440 564 Bildungsausländerinnen und -ausländer an deutschen Hochschulen, was einem Anteil von rund 15 % an allen Studierenden entsprach. Als Bildungsausländerinnen und -ausländer werden ausländische Studierende bezeichnet, die ihre Hochschulzugangsberechtigung außerhalb Deutschlands erworben haben. Vor 10 Jahren lag der Anteil ausländischer Studierender in Deutschland bei 11 %. Ihr wachsender Anteil ist ein Indikator für die aktive Strategie zur Internationalisierung der deutschen Hochschulen, die 2013 von Bund und Ländern gemeinsam entwickelt wurde.

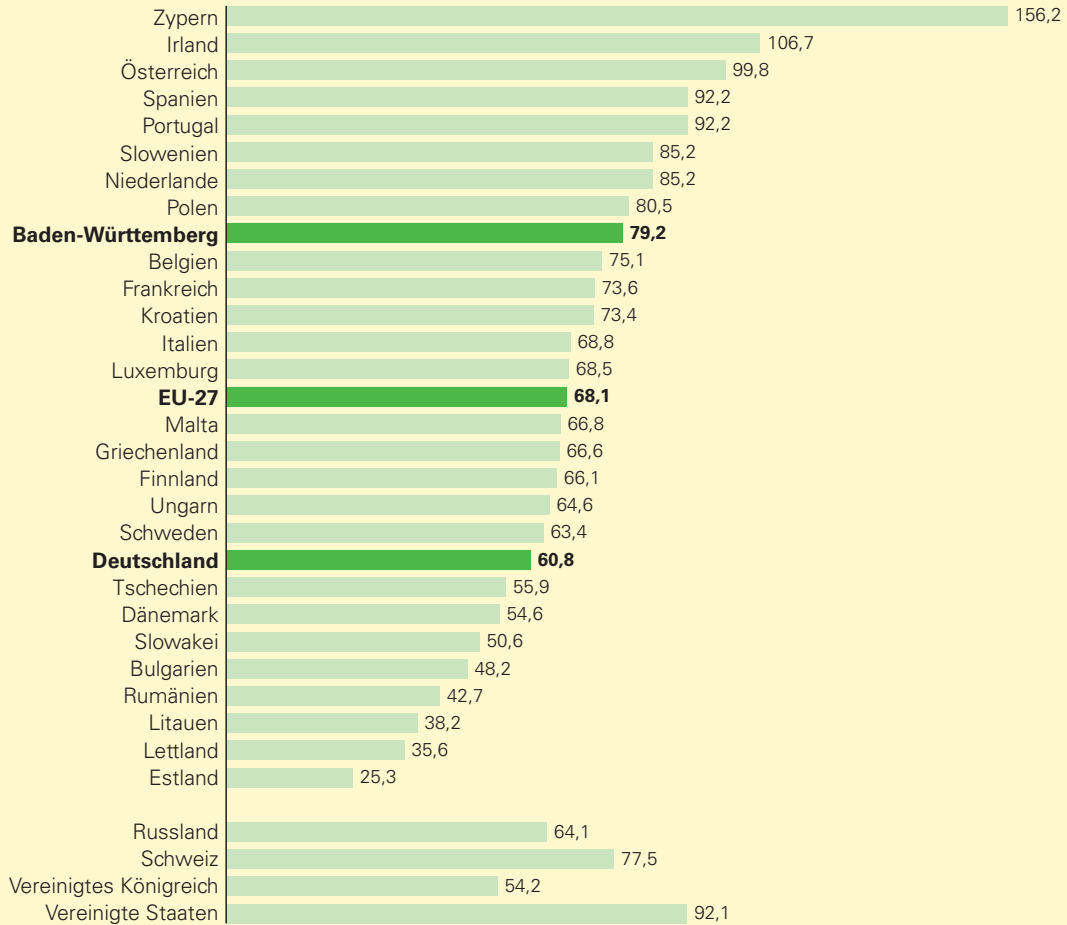
An baden-württembergischen Hochschulen studierten im Wintersemester 2020/21 insgesamt 358 654 Personen, davon 44 832 mit ausländischer Herkunft. Dies entsprach einem Anteil von 12,5 %.

Etwa ein Fünftel dieser Bildungsausländerinnen und -ausländer waren in einem Fach der Fächergruppe Kunst und Kunstwissenschaft eingeschrieben. Für die Fächergruppe Ingenieurwissenschaften interessierten sich etwa 16 % der ausländischen Studierenden.

Im Bundesländervergleich war im Wintersemester 2020/21 der Anteil der Bildungsausländerinnen und -ausländer in Berlin mit 21,3 % der gesamten Studierenden der Berliner Hochschulen am höchsten. Die geringsten Anteile an bildungsausländischen Studierenden hatten dagegen die Bundesländer Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen zu verzeichnen.

## CO<sub>2</sub>-Emissionen

1990 = 100



Daten: 2020.

Datenquellen: UNFCCC-Greenhouse Gas Inventory 2020, Länderarbeitskreis Energiebilanzen.

## CO<sub>2</sub>-Emissionen in Baden-Württemberg: 2020 fast 21 % weniger als 1990

Die Entwicklung der CO<sub>2</sub>-Emissionen 2020 war stark durch die Einschränkungen der Corona-Pandemie geprägt. Die Emissionen gingen in allen EU-Mitgliedstaaten spürbar zurück. 2020 verursachte die EU-27 insgesamt 2 638 Mill. t CO<sub>2</sub>-Emissionen. Das waren knapp 10 % weniger als im Vorjahr. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Baden-Württemberg lagen 2020 bei 61,2 Mill. t (- 7,9 % gegenüber 2019). Seit 1990 konnten die Emissionen in Baden-Württemberg um 20,8 % gemindert werden. Deutschland verringerte seinen CO<sub>2</sub>-Ausstoß gegenüber 1990 dagegen bereits um 39,2 %. EU-weit konnten im Vergleich zu 1990 ca. 32 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen reduziert werden.

Den stärksten Rückgang ihrer Emissionen, seit 1990 um mehr als die Hälfte, wiesen Bulgarien, Rumänien, Litauen, Lettland und Estland auf. Dagegen

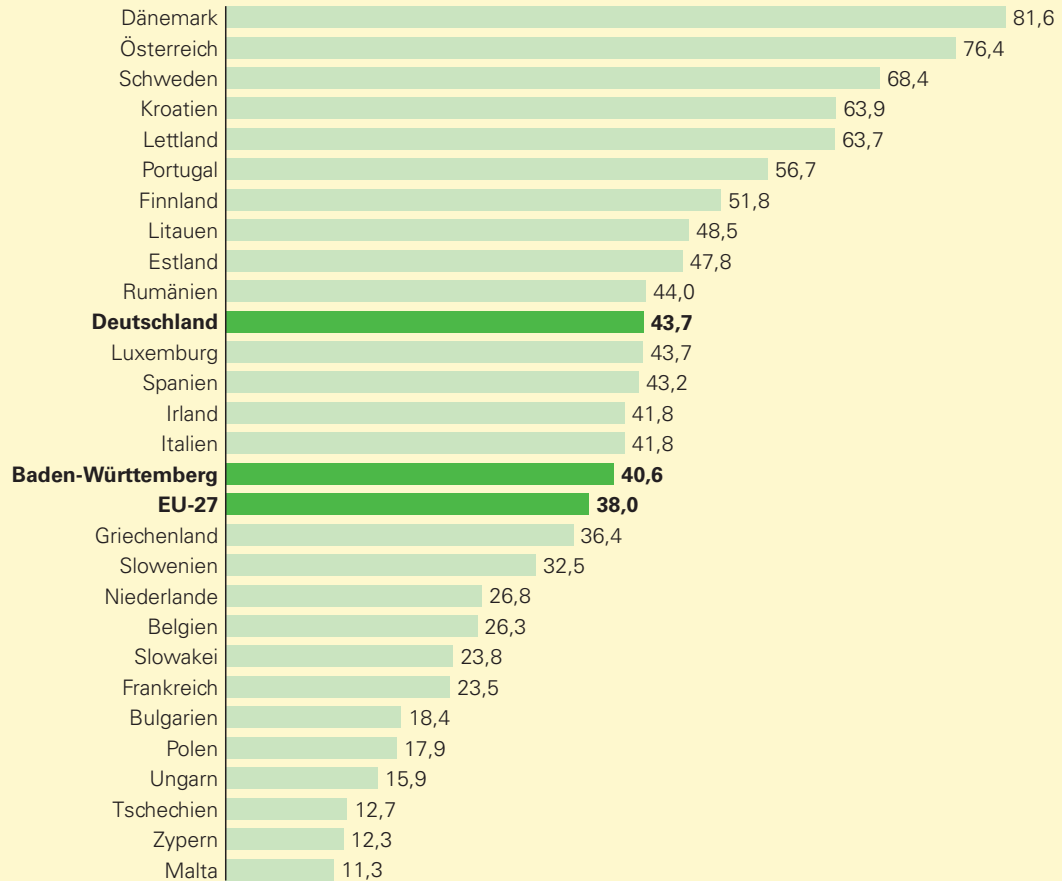
liegt der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Zypern und Irland noch deutlich über dem Referenzjahr 1990.

Allein Deutschland, Italien, Frankreich, Polen und Spanien verursachten 2020 zusammen knapp 66 % der gesamten EU-Emissionen. Auf Baden-Württemberg entfielen etwa 2 %.

Bezieht man die CO<sub>2</sub>-Emissionen auf das jeweilige Bruttoinlandprodukt (BIP) der Mitgliedstaaten, ergibt sich ein anderes Bild. Bulgarien und Polen stoßen mit 603 t bzw. 577 t am meisten CO<sub>2</sub> pro Mill. Euro aus. Schweden verursacht mit 76 t am wenigsten Emissionen pro BIP-Einheit. Baden-Württemberg landet im Ranking mit 114 t pro Mill. Euro BIP im unteren Bereich und liegt deutlich unter dem Wert des Bundes von 188 t CO<sub>2</sub> pro Mill. Euro und dem EU-27 Durchschnitt von 196 t.

## Anteil erneuerbarer Energieträger an der Bruttostromerzeugung

Anteil in %



Daten: 2020.

Datenquellen: Eurostat, Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V., eigene Berechnungen.



## 41 % des Stroms in Baden-Württemberg aus erneuerbaren Energieträgern erzeugt

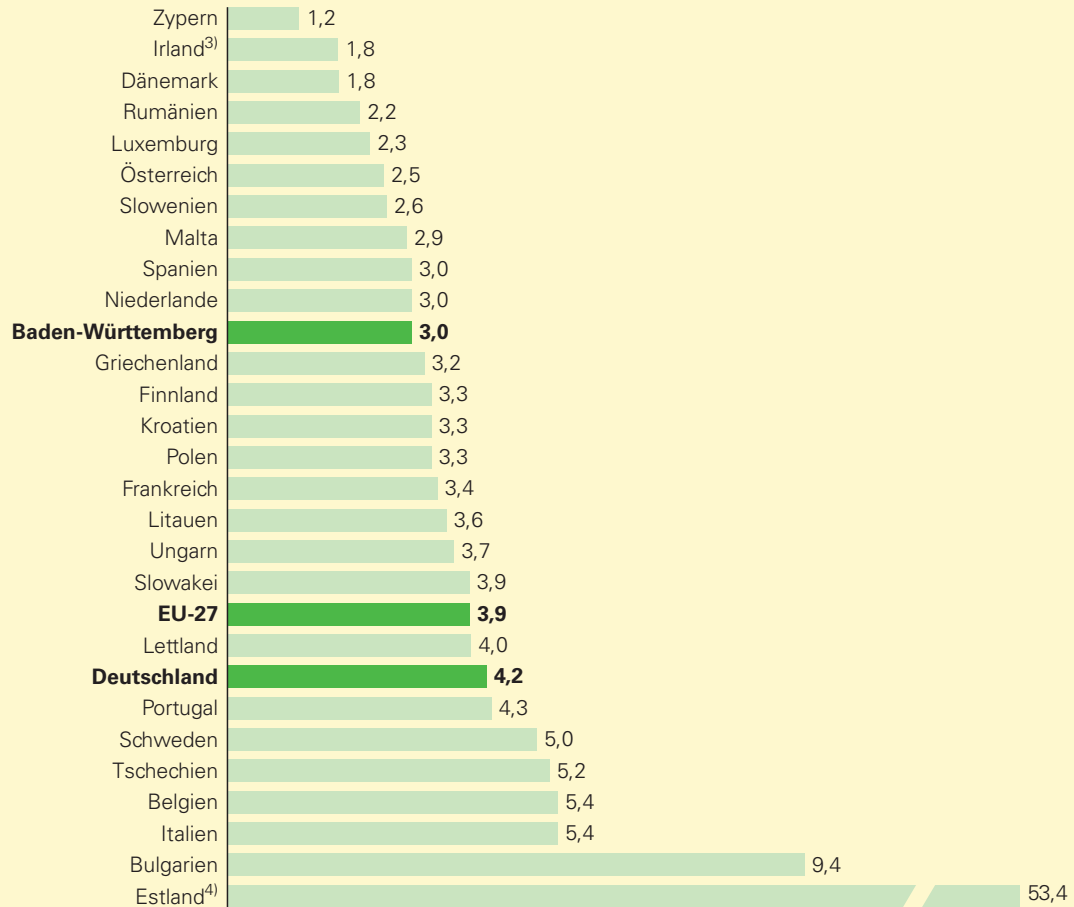
Die Bruttostromerzeugung in Baden-Württemberg lag 2020 bei 44,3 Mrd. kWh und damit 22 % unter dem Vorjahreswert. Dieser deutliche Rückgang ist neben der Stilllegung des Kernkraftwerks Philippsburg 2 Ende 2019, unter anderem auch auf die weiter gesunkene Steinkohleverstromung im Südwesten zurückzuführen. Auch europaweit wurden 2020 insgesamt 4 % weniger Strom erzeugt als noch 2019. Die Energienachfrage in der Europäischen Union war im Jahr 2020 geprägt durch die Folgen der Corona-Pandemie. Nationale Lockdowns in den Mitgliedstaaten und die damit verbundenen wirtschaftlichen Auswirkungen führten zu einer geringeren Stromnachfrage, insbesondere der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe und im Sektor Gewerbe, Handel und Dienstleistungen.

Gegenüber dem Vorjahr zugelegt hat die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. In Baden-Württemberg stieg der Anteil regenerativer Energieträger an der Stromerzeugung deutlich von 31 % im Jahr 2019 auf 41 % im Jahr 2020. In der Europäischen Union nahm ihr Anteil von 34 % auf 38 % zu. Sowohl in der EU-27 als auch in Baden-Württemberg standen die erneuerbaren Energien damit an erster Position im jeweiligen Strommix.

Der Beitrag erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung ist in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union sehr unterschiedlich. Mit 82 % war der Anteil in Dänemark am höchsten, gefolgt von Österreich und Schweden. Am geringsten waren die Anteile hingegen in Malta (11 %) und Zypern (12 %). Deutschland lag mit einem Anteil von knapp 44 % im oberen Mittelfeld der 27 EU-Länder.

## Abfallintensität der Wirtschaft

Erzeugung von gefährlichen Abfällen<sup>1)</sup> in kg/1 000 EUR<sup>2)</sup>



Daten: 2020. – 1) Ohne mineralische Massenabfälle. – 2) Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt. – 3) Daten: 2018. – 4) Sondersituation wegen Ölschieferindustrie.

Datenquelle: Eurostat, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

# Abfallintensität der Südwestwirtschaft im europäischen Mittelfeld

Abfälle gelten als gefährlich, wenn von ihnen Gefahren für die Umwelt oder für die menschliche Gesundheit ausgehen. Daher unterliegen ihre Erzeugung und Entsorgung einer besonderen Überwachung.

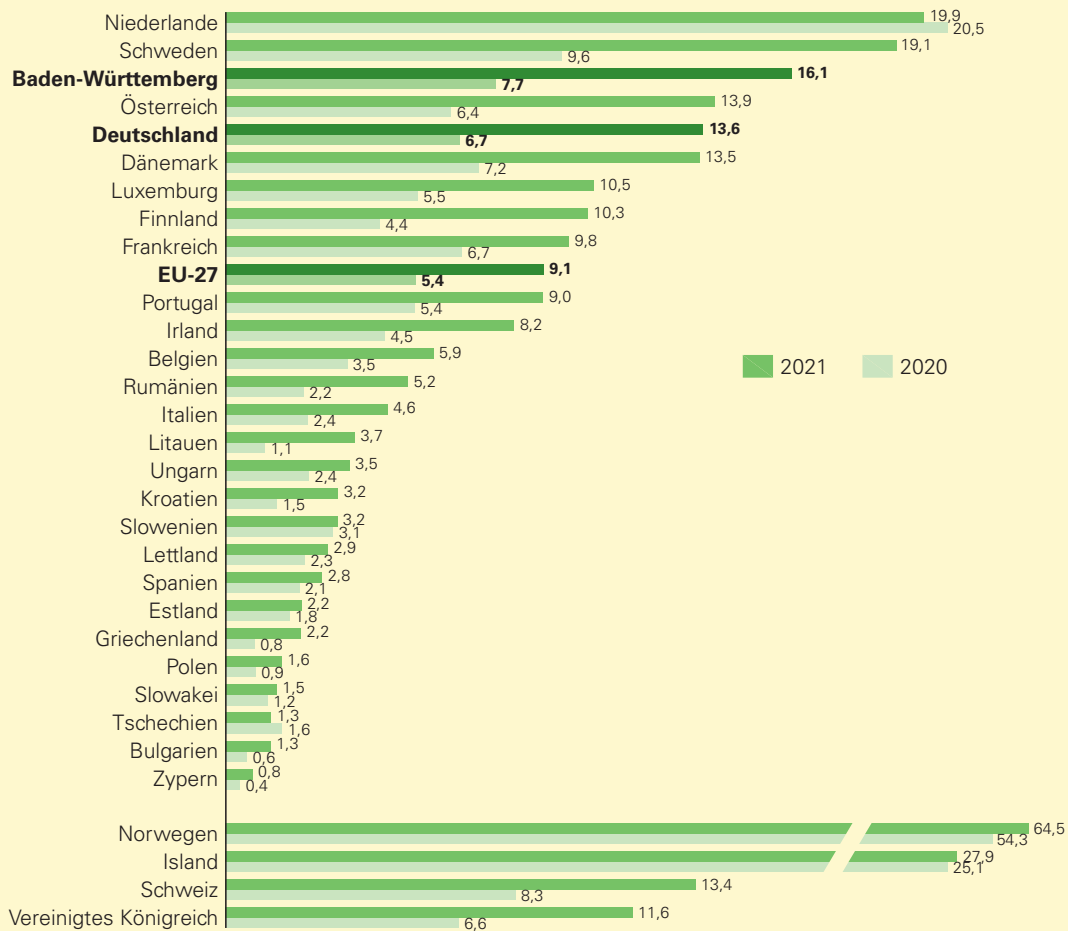
Zahlreiche Produktionsprozesse und andere wirtschaftliche Aktivitäten sind mit der Erzeugung von gefährlichen Abfällen verknüpft. Im Sinne einer nachhaltigen Wirtschaftsweise sollten gefährliche Abfälle möglichst vermieden werden. Ein Indikator für die Nachhaltigkeit einer Volkswirtschaft in Bezug auf die Abfallerzeugung ist die sogenannte Abfallintensität. Die Abfallintensität setzt die inländische Abfallerzeugung und die nationale Wirtschaftsleistung zueinander ins Verhältnis. Als Maß für die Wirtschaftsleistung wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) herangezogen.

Ein niedriger Wert für die Abfallintensität deutet auf eine abfallarme und somit nachhaltige Wirtschaftsweise hin.

Baden-Württemberg nimmt im EU-Vergleich der Abfallintensitäten einen mittleren Rang ein. Im Jahr 2020 wurden bezogen auf das BIP rund 3 kg an gefährlichen Abfällen je 1 000 Euro erzeugt. Der Durchschnitt in den EU-Ländern lag bei 3,9 kg je 1 000 Euro. Relevante Mengen an produktionspezifischen gefährlichen Abfällen entstanden hierzulande insbesondere aus Prozessen der mechanischen Formgebung sowie der mechanischen und chemischen Oberflächenbearbeitung von Metallen und anderen Werkstoffen. Dies ist wohl auf die besondere Bedeutung des Fahrzeug- und Maschinenbaus in der baden-württembergischen Wirtschaftsstruktur zurückzuführen.

# Pkw-Neuzulassungen mit ausschließlich elektrischem Antrieb

Anteil an Neuzulassungen insgesamt in %



\*) Ohne Malta.

Datenquellen: Europäischer Automobilverband, Kraftfahrtbundesamt.

## Anteil von Elektro-Neuzulassungen im Südwesten gegenüber dem Vorjahr verdoppelt

Angesichts zunehmender Luftverschmutzung und der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen spielen alternative Antriebe wie die Elektromobilität eine zunehmend wichtige Rolle im motorisierten Individualverkehr. Baden-Württemberg verzeichnete im Jahr 2021 bei den Neuzulassungen rein elektrisch betriebener Personenkraftwagen gegenüber 2020 einen Zuwachs von 80 % auf 59 200. Der Anteil von Elektro-Neuzulassungen an allen Antriebsarten verdoppelte sich damit im gleichen Zeitraum von knapp 8 % auf über 16 %.

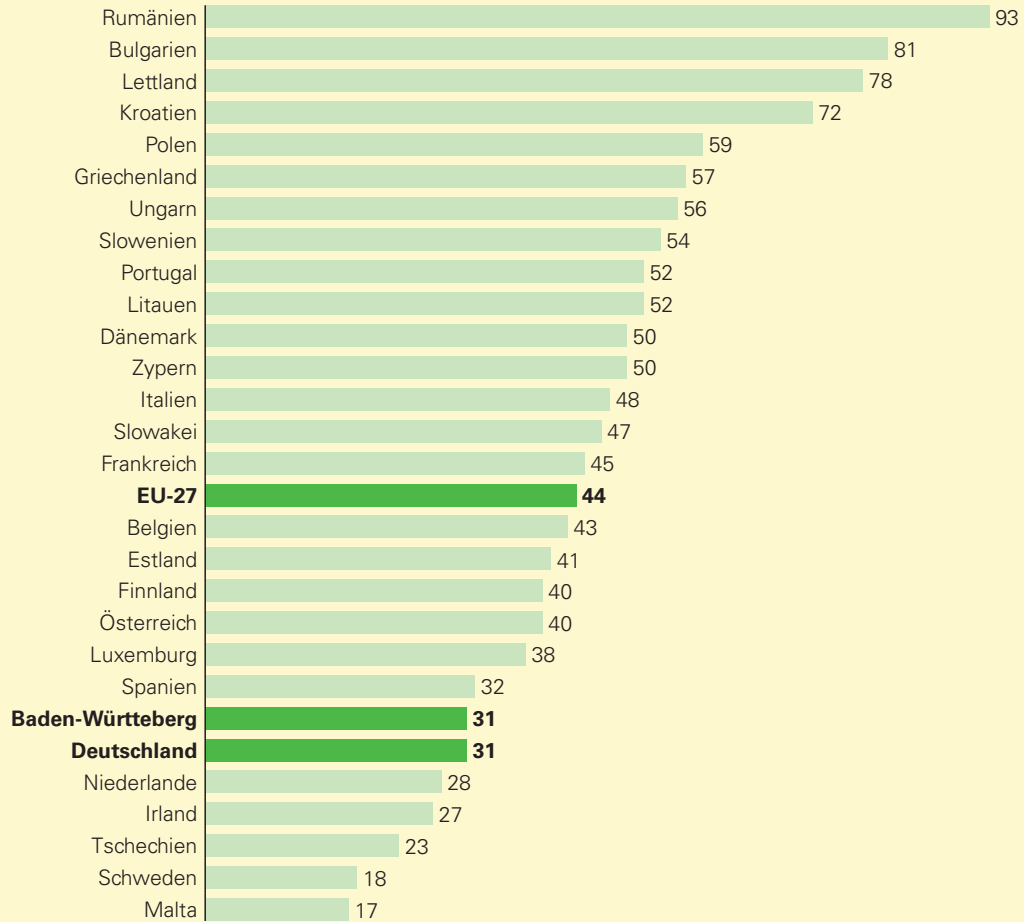
Im Vergleich zum EU-Ranking belegte der Südwesten 2021 beim Anteil neu zugelassener E-Autos mit 16,1 % den 3. Platz hinter den Niederlanden (19,9 %) und Schweden (19,1 %). Österreich, Deutschland und Dänemark folgten mit Anteilen von jeweils knapp 14 % auf den Plätzen 4 bis 6. In der Europäi-

schen Union gab es nach Angaben des europäischen Automobilverbandes ACEA 2021 insgesamt fast 880 000 Neuzulassungen von Personenkraftwagen mit E-Antrieb (+ 63 %). Dies entsprach einem Anteil von 9,1 % an allen neu zugelassenen PKW. 2020 lag deren Anteil EU-weit noch bei 5,4 %. In den Mitgliedsstaaten Polen, Slowakei, Tschechien, Bulgarien und Zypern waren mit Anteilen unter 2 % relativ wenig Neuzulassungen vollelektrisch.

Das Nicht-EU-Mitglied Norwegen war im Jahr 2021 absoluter Spitzenreiter im europäischen Raum. Fast zwei Drittel aller neuen Autos fahren dort bereits elektrisch. Mit einem Anteil von 64,5 % bei den Elektro-PKW Neuzulassungen bleibt Norwegen wohl noch einige Zeit konkurrenzlos. Auch Island, ebenfalls kein EU-Staat, lag mit knapp 28 % weit über dem EU-Niveau.

## Verkehrstote

je 1 Mill. Einwohner/-in



Daten: 2021.

Datenquellen: EU-Kommission, Eurostat.

## Weniger Verkehrstote im Straßenverkehr

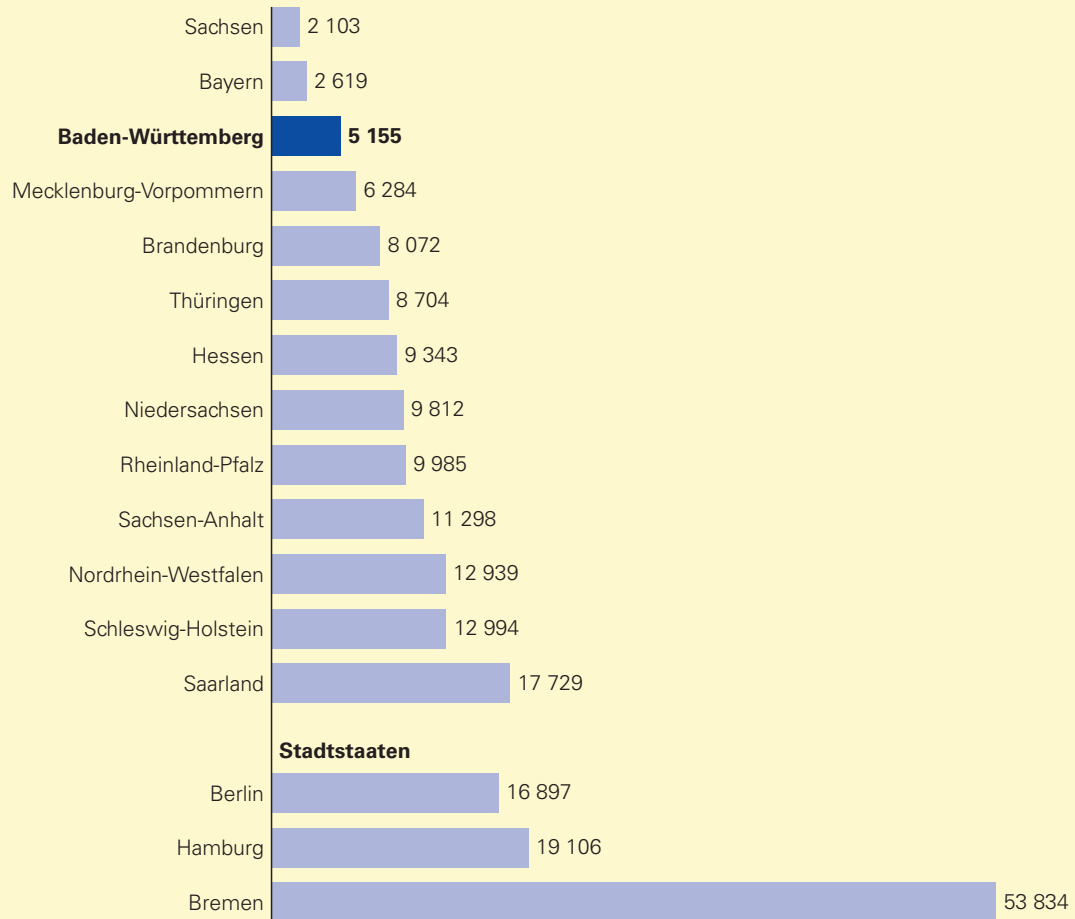
Die Zahl der Verkehrstoten ist seit Jahren rückläufig, obwohl der Straßenverkehr kontinuierlich zugenommen hat. Auf den Straßen im Südwesten waren im Jahr 1972 noch 2 919 Verkehrstote zu beklagen – der höchste Stand seit Beginn der Unfallstatistik im Jahr 1950. Im Jahr 2021 hatte sich diese traurige Bilanz auf den Stand von 348 Personen reduziert. Der bisher niedrigste Stand wurde im Jahr 2020 mit 330 Personen erreicht, so hatten wohl die Einschränkungen der Corona-Pandemie auch einen positiven Effekt. Aufgrund von zahlreichen technischen Verbesserungen im Automotive-Bereich, beispielsweise durch höhere Standards bei passiven Sicherheitselementen wie Sicherheitsgurt, Airbag, Abstandsmessung, Todwinkel- und Bremsassistent sowie die Versteifung der Fahrgastzelle, wurde inzwischen ein sehr hohes Schutzniveau erreicht. Auch für Neuwagen vorgeschriebene Antiblockiersysteme oder das

Elektronische Stabilitätsprogramm bewirken, dass viele Unfälle erst gar nicht passieren oder mildern die Folgen für die Insassen. Aber auch die Senkung der Promillegrenze, mehr Tempolimits und eine bessere Notfallmedizin tragen zu diesem positiven Trend bei.

In der Europäischen Union wurden – bezogen auf 1 Mill. Einwohnerinnen und Einwohner – in Malta und Schweden in 2021 die wenigsten Personen im Straßenverkehr getötet. In diesen Ländern fielen je 1 Mill. Einwohnerinnen und Einwohner zwischen 17 bzw. 18 Personen einem tödlichen Verkehrsunfall zum Opfer. Wesentlich mehr Menschen wurden dagegen in Rumänien, Bulgarien, Lettland und Kroatien im Straßenverkehr getötet. In Relation zur Einwohnerzahl gab es dort mehr als viermal so viele Todesopfer.

## Schuldenstand\*)

in EUR je Einwohner/-in



Daten: 31.12.2021. – \*) Schulden des Gesamthaushaltes der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich.  
Datenquelle: Statistisches Bundesamt.



# Moderater Anstieg der öffentlichen Verschuldung in Baden-Württemberg

Die öffentlichen Schulden Deutschlands haben 2021 mit insgesamt 2 321 Mrd. Euro einen in der Schuldenstatistik am Jahresende gemessenen neuen Rekordwert erreicht. So verzeichnete die Bundesrepublik mit 6,8 % einen neuerlichen Anstieg gegenüber dem Vorjahr, der auch im zweiten Corona-Jahr vor allem auf die Pandemiebewältigung zurückzuführen war. Während der Bund seine Verbindlichkeiten um 10,3 % erhöhte, fiel der Anstieg bei den Bundesländern mit durchschnittlich 0,4 % sowie bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden mit 0,6 % weit gemäßiger aus. Insgesamt belief sich die Pro-Kopf-Verschuldung somit auf 27 922 Euro.

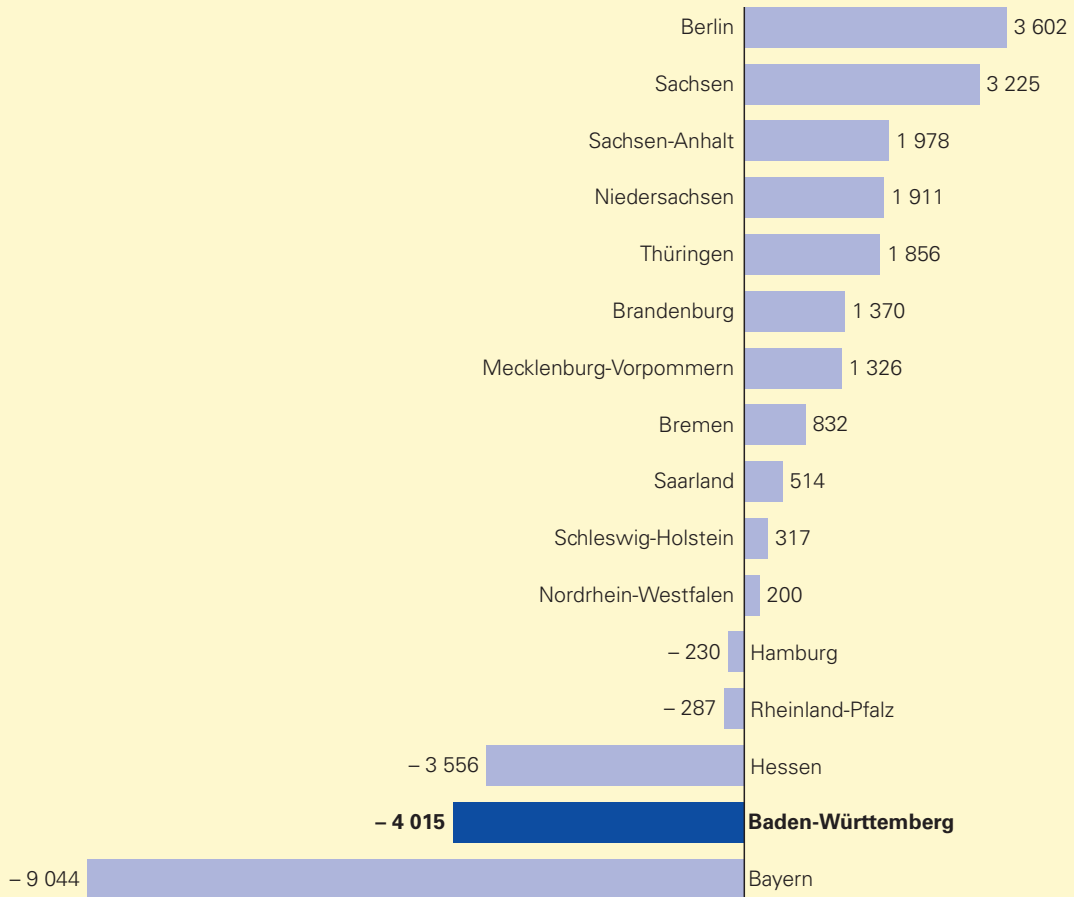
In Baden-Württemberg ergab der Schuldenstand des Landes, der Gemeinden und der Gemeindeverbände 2021 zusammen 57,3 Mrd. Euro und damit

0,1 % mehr als im Vorjahr. Gesondert betrachtet stieg die Verschuldung der Südwest-Gemeinden im Vorjahresvergleich mit 9,1 % weiter an, jene des Landeshaushalts hingegen reduzierte sich um 1,7 %. Bezogen auf die Landes- und Kommunalaushalte war die baden-württembergische Bevölkerung pro Kopf mit 5 155 Euro verschuldet, dritt niedrigster Wert nach Sachsen und Bayern.

Im Bundesländervergleich wies der Stadtstaat Bremen 2021 mit 53 834 Euro die höchste Pro-Kopf-Verschuldung auf, die um 7,2 % niedriger lag als im Vorjahr. Unter den Flächenländern verzeichnete das Saarland mit 17 729 Euro die höchste Verschuldung je Einwohnerin bzw. Einwohner, die verglichen zu 2020 um 0,9 % sank. Dahinter folgte Schleswig-Holstein, dessen Schulden pro Kopf gegenüber dem Vorjahr um 3,6 % auf 12 994 Euro anstiegen.

## Finanzkraftausgleich

Zu- und Abschläge in Mill. EUR



Daten: 2021, vorläufige Werte.

Datenquelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Innovation beeinflusst Finanzkraftausgleich

Im Jahr 2021 betrug das Volumen der Finanzumverteilung zwischen den Ländern 17,1 Mrd. Euro. Abschläge bei der Umsatzsteuerverteilung waren von den Ländern Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und von Hamburg zu entrichten. Das traditionelle Nehmerland Rheinland-Pfalz konnte durch den Innovationserfolg mit dem COVID-19-Impfstoff von BioNTech erhebliche fiskalische Mehreinnahmen verbuchen und wechselte im Finanzausgleich 2021 auf die Geberseite. Der höchste Abschlag fiel weiterhin im Freistaat Bayern an, er betrug 9 Mrd. Euro. Bayern trägt damit einen Anteil von rund 53 % am Finanzkraftausgleich. Die verbleibenden elf Bundesländer erhielten jeweils Zuschläge aus dieser Umverteilung. Berlin profitiert seit Jahren in besonderem Maß von den Ausgleichszahlungen. Im Jahr 2021 flossen 3,6 Mrd. Euro bzw. 21 % des gesamten finanziellen Ausgleichsvolumens

in die Bundeshauptstadt. Unterstützung von jeweils über einer Mrd. Euro erhielten neben Berlin auch Sachsen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.

Der Länderfinanzausgleich ist mit Wirkung für das Jahr 2020 neu geregelt worden. Im horizontalen Umverteilungsmechanismus unter den Ländern haben finanzschwache Länder Anspruch auf Zuschläge bei der Umsatzsteuerverteilung unter den Ländern, finanzstarke Länder müssen Abschläge hinnehmen. Die Umverteilung unter den Ländern wird vom Bund vorgenommen und in den Landeshaushalten werden diese Ausgleichszahlungen nicht mehr ausgewiesen. Ziel des Finanzkraftausgleichs ist es, wirtschaftliche Unterschiede der einzelnen Bundesländer zu nivellieren und es allen Bundesländern zu ermöglichen, die ihnen zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen.

## Glossar

---

### **ALTENQUOTIENT**

65-Jährige und Ältere bezogen auf 100 Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

### **ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER**

Als Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer zählt, wer zeitlich überwiegend als Arbeiterin bzw. Arbeiter, Angestellte bzw. Angestellter, Beamtin bzw. Beamter, Richterin bzw. Richter, Berufssoldatin bzw. Berufssoldat, Soldatin bzw. Soldat auf Zeit, Wehr- oder Zivildienstleistende bzw. Wehr- oder Zivildienstleistender/Person im Bundesfreiwilligendienst, Auszubildende bzw. Auszubildender, Praktikantin bzw. Praktikant oder Volontärin bzw. Volontär in einem Arbeits- bzw. Dienstverhältnis steht. Eingeschlossen sind auch Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter sowie marginal Beschäftigte. Als „marginal Beschäftigte“ werden hier Personen angesehen, die als Arbeiterinnen bzw. Arbeiter oder Angestellte keine voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben, jedoch nach dem Labour-Force-Konzept der Internationa-

len Arbeitsorganisation als Erwerbstätige gelten, wenn sie in einem einwöchigen Berichtszeitraum wenigstens eine Stunde gegen Entgelt gearbeitet haben. Dazu zählen in Deutschland insbesondere ausschließlich geringfügig entlohnte und kurzfristig Beschäftigte.

### **ARMUT ODER SOZIALE AUSGRENZUNG**

Armut oder soziale Ausgrenzung sind nach EU-Definition gegeben, wenn auf eine Person mindestens eines der drei Kriterien „Armutgefährdung“, „erhebliche materielle Entbehrung“ oder „Zugehörigkeit zu einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbstätigkeit“ zutrifft.

Als armutsgefährdet gilt, wer inklusive staatlicher Sozialleistungen mit weniger als 60 % des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung auskommen muss. Erhebliche materielle Entbehrung liegt vor, wenn die Personen Schwierigkeiten haben, für mindestens vier der folgenden neun Ausgaben aufzukommen (Miete/Versorgungsleistungen, Heizung, unerwartete größere Ausgaben, jeden 2. Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder gleichwertiger Proteinzufuhr, eine einwöchige Ferienreise an einem anderen Ort, ein Auto, eine Waschmaschine, einen Farbfernseher, ein Telefon).

Ein Haushalt mit sehr geringer Erwerbstätigkeit liegt vor, wenn die darin lebenden erwerbsfähigen

higen Haushaltsmitglieder im Alter von 18 bis 59 Jahren insgesamt weniger als 20 % ihrer maximal möglichen Erwerbszeit (zum Beispiel bei zwei Erwachsenen 24 Monate im Jahr) gearbeitet haben.

### **BRUTTOLÖHNE UND -GEHÄLTER**

Die Bruttolöhne und -gehälter enthalten die von den im Inland ansässigen Wirtschaftseinheiten (Betrieben) geleisteten Löhne und Gehälter der beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Abzug derer Lohnsteuer und Sozialbeiträge sowie Sachleistungen, die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern unentgeltlich oder verbilligt zur Verfügung gestellt werden.

### **ERNEUERBARE ENERGIEN**

Erneuerbare Energieträger sind natürliche Energievorkommen, die auf permanent vorhandene oder auf sich in überschaubaren Zeiträumen von wenigen Generationen regenerierende Energieströme zurückzuführen sind. Dazu gehören zum Beispiel Wasserkraft, Windenergie, Solarenergie, Biomasse in Form von Gasen und nachwachsenden Rohstoffen, Abfall biologischen Ursprungs, Geothermie und Umgebungswärme.

### **ERWERBSLOSE, ERWERBSLOSENQUOTE**

Erwerbslos ist, wer nicht erwerbstätig ist, jedoch aktiv nach einer Erwerbstätigkeit sucht und eine solche im Erfolgsfall kurzfristig aufnehmen könnte. Die Erwerbslosenquote errechnet sich als Anteil der Erwerbslosen an allen Erwerbspersonen (Summe aus Erwerbstätigen und Erwerbslosen).

### **ERWERBSTÄTIGE, ERWERBSTÄTIGENQUOTE**

Erwerbstätige sind alle Personen im Alter von mindestens 15 Jahren, die in der Berichtswoche mindestens eine Stunde gegen Entgelt oder zur Erzielung eines Gewinns arbeiteten oder nicht arbeiteten, aber einen Arbeitsplatz hatten, von dem sie vorübergehend abwesend waren. Erwerbstätige umfassen Arbeitnehmer, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige.

Die Erwerbstätigenquote misst den prozentualen Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung derselben Altersgruppe.

### **EU-ARBEITSKRÄFTEERHEBUNG**

Die Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (AKE) wird in den 27 Mitgliedstaaten der EU gemäß Verordnung des Rates (EEG) Nr. 577/98 vom 9. März 1998 durchgeführt.

Die AKE ist eine umfassende Haushaltsstichprobenerhebung, die vierteljährliche Ergebnisse zur Beteiligung der Personen ab 15 Jahren am Arbeitsmarkt sowie zu Personen, die nicht zu den Arbeitskräften zählen, liefert.

### **GESAMTQUOTIENT, AUCH ABHÄNGIGENQUOTIENT**

beschreibt das Verhältnis der Erwerbstätigen/-fähigen (mittlere Altersgruppe) zur jungen Bevölkerung, die noch nicht bzw. zur älteren Bevölkerung, die nicht mehr arbeitet.

### **HOCHQUALIFIZIERTE**

Der Bildungsstand basiert auf der international vergleichbaren Klassifikation für das Bildungswesen „International Standard Classification of Education“ (ISCED). Der höchste erreichte Bildungsstand wird danach aus den Merkmalen allgemeiner Schulabschluss und beruflicher Bildungsabschluss kombiniert. Grundsätzlich wird zwischen folgenden drei Kategorien für den Bildungsstand unterschieden: „hoch“, „mittel“ und „niedrig“. Personen mit einem hohen Bildungsstand verfügen über einen akademischen Abschluss oder einen Meister-/Techniker- oder Fachschulabschluss. Berufsqualifizierende Abschlüsse und/oder das Abitur beziehungsweise die Fachhochschulreife gehören zur Kategorie „mitt-

lerer Bildungsstand“. Personen mit ausschließlich einem Abschluss an einer Haupt-/Realschule oder Polytechnischen Oberschule und ohne beruflichen Abschluss beziehungsweise Personen ohne Bildungsabschluss fallen in die Kategorie „niedriger Bildungsstand“.

Die Zuordnung nach ISCED 2011 unterteilt nach Primär-, Sekundär-, und Tertiärbereichen. Der Primärbereich umfasst in Deutschland Grund- und Gesamtschulen, der Sekundärbereich die allgemein- und berufsbildenden Abschlüsse und der Tertiärbereich die Studiengänge an Hochschulen und Berufsakademien sowie Bildungsgänge an Fachschulen und Fachakademien.

### **JUGENDQUOTIENT**

Unter 15-Jährige bezogen auf 100 Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

### **KURZARBEITERGELD, KURZARBEITERQUOTE**

Kurzarbeitergeld ist eine Lohnersatzleistung, durch die in Krisenzeiten Arbeitslosigkeit vermieden werden soll. Den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sollen ihre Arbeitsplätze erhalten bleiben, den Betrieben ihr eingearbeitetes Personal.

Die Kurzarbeiterquote berechnet sich als Verhältnis aus der Zahl der Personen in Kurzarbeit bezogen auf die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Beschäftigungsstatistik. Die Quote gibt das relative Ausmaß und die Bedeutung der Kurzarbeit an.

### **NEET-RATE**

Die Abkürzung NEET steht für „Neither in Education nor Employment or Training“ und bezeichnet junge Erwachsene, die weder in Aus- oder Weiterbildung noch erwerbstätig sind. Die NEET-Rate ist definiert als der Anteil junger Menschen in einer bestimmten Altersklasse, der sich weder in Aus- oder Weiterbildung befindet noch einer Erwerbstätigkeit nachgeht, an der altersgleichen Bevölkerung.

Die NEET-Rate ist nicht gleichzusetzen mit der Jugenderwerbslosenquote, da neben den Erwerbslosen auch Personen ohne Beschäftigung enthalten sind, die nicht aktiv nach Arbeit suchen oder nicht kurzfristig für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen und damit nicht als erwerbslos gezählt werden. Während sich die Erwerbslosenquote aus der Zahl der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) ergibt, bezieht sich die NEET-Rate auf die gesamte Bevölkerung (Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen).

### **ÖFFENTLICHE VERSCHULDUNG**

Der Schuldenstand des öffentlichen Gesamthaushalts auf Landesebene umfasst die Schulden der Kernhaushalte des Landes und der Gemeinden/ Gemeindeverbände sowie deren Extrahaushalte beim nicht-öffentlichen Bereich. Die „Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich“ umfassen Wertpapiersschulden, Kredite und Kassenkredite. Zu den „Extrahaushalten“ zählen alle öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen zum Sektor „Staat“ gehören. Hauptmerkmale für eine Zuordnung zum Sektor „Staat“ sind die öffentliche Kontrolle und die Nichtmarktproduktion.

### **PRIVATE KONSUMAUSGABEN**

In den privaten Konsumausgaben sind die Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zusammengefasst. Als Konsumausgaben der privaten Haushalte werden die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke bezeichnet. Neben den tatsächlichen Käufen, zu denen unter anderem Entgelte für häusliche Dienste gehören, sind auch bestimmte unterstellte Käufe enthalten, wie zum Beispiel der Eigenkonsum der Unternehmerinnen bzw. Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen

sowie Naturalentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck bestehen aus deren Eigenverbrauch. Dazu zählen der Wert der von diesen Organisationen produzierten Güter (ohne selbsterstellte Anlagen und Verkäufe) sowie Ausgaben für Güter, die ohne jegliche Umwandlung als soziale Sachleistungen den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden.

### **UNBEREINIGTER GENDER PAY GAP**

Der unbereinigte Gender Pay Gap ist definiert als Differenz zwischen den durchschnittlichen Brut-

tostundenverdiensten männlicher und weiblicher Beschäftigter im Verhältnis zum durchschnittlichen Bruttostundenverdienst männlicher Beschäftigter. Aussagen zum Unterschied in den Verdiensten von weiblichen und männlichen Beschäftigten mit gleichem Beruf, vergleichbarer Tätigkeit und äquivalentem Bildungsabschluss sind damit nicht möglich. Der Gender Pay Gap wird auf Basis der nationalen Verdienststrukturerhebungen ermittelt. Bei dieser Datengrundlage handelt es sich um eine in vierjährigen Abständen durchgeführte Erhebung. Die Daten für die Jahre zwischen den Erhebungen werden jeweils mit nationalen Quellen fortgeschrieben. Für Deutschland wird hierzu die Vierteljährliche Verdiensterhebung genutzt.

## **Abkürzungen**

---

Millionen	Mill.
Milliarden	Mrd.
Prozent	%
Quadratkilometer	km <sup>2</sup>
Tonnen	t
Euro	EUR
Kilometer	km



## Quellenverzeichnis/Linkliste

---

**Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL)**

[www.statistikportal.de/de/vgrdl](http://www.statistikportal.de/de/vgrdl)

**Bundesagentur für Arbeit**

[statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Statistiken-Nav.html](http://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Statistiken-Nav.html)

**Bundesamt für Migration und Flüchtlinge**

<https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/AsylinZahlen/aktuelle-zahlen-august-2022.html>

**Bundesministerium der Finanzen**

[www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Service/Publikationen/publikationen.html](http://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Service/Publikationen/publikationen.html)

**Bundesministerium für Wirtschaft und Energie**

[www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/erneuerbare-energien.html](http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/erneuerbare-energien.html)

**Bureau of Economic Analysis (BEA)**

[www.bea.gov/data](http://www.bea.gov/data)

**Central Intelligence Agency (CIA)/World Factbook**

<https://www.cia.gov/the-world-factbook/>

**Coronavirus Source Data – Our World in Data**

[www.ourworldindata.org/covid-vaccinations](http://www.ourworldindata.org/covid-vaccinations)

**EU-Kommission**

[https://road-safety.transport.ec.europa.eu/statistics-and-analysis\\_en](https://road-safety.transport.ec.europa.eu/statistics-and-analysis_en)

**Europäischer Automobilverband (ACEA)**

[www.acea.be/statistics](http://www.acea.be/statistics)

**EUROSTAT**

[ec.europa.eu/eurostat/de/data/database](http://ec.europa.eu/eurostat/de/data/database)

---

**Kraftfahrt-Bundesamt**

[www.kba.de/DE/Statistik/Produktkatalog/produktkatalog\\_node.html](http://www.kba.de/DE/Statistik/Produktkatalog/produktkatalog_node.html)

**Länderarbeitskreis Energiebilanzen**

[www.lak-energiebilanzen.de/co2-bilanzen/](http://www.lak-energiebilanzen.de/co2-bilanzen/)

**OECD**

[data.oecd.org](http://data.oecd.org)

**Our World in Data**

[www.ourworldindata.org/covid-vaccinations](http://www.ourworldindata.org/covid-vaccinations)

**Robert Koch Institut (RKI)**

[www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges\\_Coronavirus/Fallzahlen.html](http://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Fallzahlen.html)

**Statistisches Bundesamt**

[www.destatis.de/DE/Home/\\_inhalt.html](http://www.destatis.de/DE/Home/_inhalt.html)

**UNFCCC-Greenhouse Gas Inventory 2019**

[unfccc.int/process/transparency-and-reporting/greenhouse-gas-data/ghg-data-unfccc](http://unfccc.int/process/transparency-and-reporting/greenhouse-gas-data/ghg-data-unfccc)

**Weltbank**

[databank.worldbank.org/home.aspx](http://databank.worldbank.org/home.aspx)



**Baden-Württemberg**

STATISTISCHES LANDESAMT

## So erreichen Sie uns

Statistisches Landesamt  
Baden-Württemberg  
Böblinger Straße 68  
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641-0 Zentrale  
Telefax 0711/641-24 40  
poststelle@stala.bwl.de

[www.statistik-bw.de](http://www.statistik-bw.de)

### Zentraler Auskunftsdienst

Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen und historischen Statistiken für Baden-Württemberg, seine Regionen, Landkreise und Gemeinden  
Telefon 0711/641-28 33, Telefax - 29 73  
auskunftsdienst@stala.bwl.de

### Bibliothek

Allgemein zugängliche Präsenzbibliothek für aktuelle und historische baden-württembergische und deutsche Statistik sowie für baden-württembergische Landeskunde  
Telefon 0711/641-21 33, Telefax - 29 73  
bibliothek@stala.bwl.de

### Pressestelle

Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich zu allen aktuellen Themen  
Telefon 0711/641-24 51, Telefax - 29 40  
pressestelle@stala.bwl.de

### Vertrieb

Bestellung von Veröffentlichungen  
Telefon 0711/641-28 66, Telefax 641-13 40 62  
vertrieb@stala.bwl.de

### Kontaktzeiten

Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr,  
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr

**statistik-bw.de**